

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

130

2024
Frühling

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



RECHTSEXTREMISMUS DRÄNGT IN DIE MITTE

Sie haben Fragen an das Bundeskanzleramt?

 service@bka.gv.at

 0800 222 666
Mo bis Fr: 8–16 Uhr
(gebührenfrei aus ganz Österreich)

 +43 1 531 15-204274

 Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1
1010 Wien



Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin und Redaktion:

Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: **Gamze Ongan**

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Raffaella Gmeiner, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig**

Kolumne: **Hakan Gürses**

Grafisches Konzept, Artdirektion, Coverbild & Illustrationen:

fazzDesign (Fatih Aydođdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: **Daniel Müller**

Herstellung (Repro & Druck): **Donau Forum Druck Ges.m.b.H.**, Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien |



office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: **Wien** |

Verlagspostamt: 1060 Wien

Anzeigen: **Ebru Uzun** | office@initiative.minderheiten.at

Abo-service: **Ebru Uzun** | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

www.zeitschrift-stimme.at

www.instagram.com/initiative_minderheiten

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

04 | **Aushang**
Kurzmeldungen

05 | **Editorial**
Gamze Ongan

06 | **Stimmlage**
Hakan Gürses

08–12 | **Extreme Rechte in Österreich**
Eine Einführung
Bernhard Weidinger

13–15 | **Botschaftsverbrechen**
Die Nähe der „Identitären“ zum Rechtsterrorismus
Judith Goetz

16–18 | **„Abendland in Christenhand!“**
Die extreme Rechte und die „Islamisierung“
Andreas Peham

19–21 | **Antisemitismus als weltanschaulicher Kitt**
Isolde Vogel

22–24 | **Einmal Nazi, immer Nazi?**
Philipp Moritz

25–26 | **Macht inmitten von Ohnmacht**
Migrant*innen als Betroffene und Agierende des Rechtsextremismus | Evrim Erşan Akkılıç

27–30 | **1399 Tage Terror**
Die Brief- und Rohrbombenserie der 1990er Jahre
Paul Schließsteiner

31–32 | **Nachlese**
Nie wieder ist jetzt
Lilian Häge

33 | **Lektüre**

34 | **Treffen mit Jokha Alharthi**
Erste Booker-Prize-Trägerin aus dem arabischen Raum
Sieglinde Rosenberger | Christine Engel

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Medieninhaberin und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adresse der Medieninhaberin und der Herausgeberin ist im Impressum angeführt.

Offen
für alle!

www.journalismusfest.org

Journalismusfest Innsbruck Internationale Tage der Information



03. | 04. | 05. Mai 2024

Nahost

Israel-Palästina: im Dialog

Mit Journalist*innen aus der Region

Russische Oligarchen und ihr

Verstecktes Vermögen

Recherchen in Österreich und in der ganzen Welt

Der **alpine** Podcast der ZEIT

Servus. Grüezi. Hallo. Live auf der Seegrube

Journalismus erleben

Reportagen. Live on Stage

Ein Gastspiel der Bühnen Bern

20 50 130 20

Schauplätze Veranstaltungen Gäste aus Staaten

In Partnerschaft u.a. mit Die ZEIT, Süddeutsche Zeitung, taz Panter Stiftung, Der Standard, Falter, APA, Reportagen/Bern, Internazionale/Rom, ORF Tirol, Tiroler Tageszeitung.

Aushang

Initiative zur Anerkennung der bosnischen Volksgruppe in Österreich

Österreicher*innen mit bosnischen Wurzeln streben nach offizieller Anerkennung als Volksgruppe.

Der Volksgruppenstatus bringt einen speziellen rechtlichen Schutz mit sich, der vor Benachteiligungen schützt und die Erhaltung von Sprache und Kultur sicherstellt. Unter autochthone Volksgruppen fallen österreichische Staatsbürger*innen mit eigenem Volkstum, die seit längerer Zeit in Österreich beheimatet sind.

Da es jedoch in Österreich kein rechtsstaatlich festgelegtes Verfahren zur Anerkennung als Volksgruppe gibt, wurde der im Februar 2023 gestellte Antrag der bosnischen Minderheit auf Einrichtung eines Volksgruppenbeirates abgelehnt. Diese Ablehnung, basierend auf fehlenden gesetzlichen Mechanismen, zeige die Lücke im bestehenden System, meint

Ruziča Čubela von der Gesellschaft bosnischer Akademiker*innen in Österreich.

Die Argumente bosnischer Vereine für Volksgruppenwerdung sind u. a.: Bosnier*innen sind seit mehr als einem Jahrhundert integraler Bestandteil der österreichischen Gesellschaft. Sie verteidigten im Ersten Weltkrieg das gemeinsame Heimatland und sind somit historisch eng mit Österreich verbunden. Trotz ihres Beitrags zur wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Teilhabe sei bisher die offizielle Anerkennung als Volksgruppe ausgeblieben.

Eine Individualbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof wurde eingereicht, parallel dazu empfahl der Beratende Ausschuss des Europarates einen konstruktiven Dialog. Die Fortschritte bleiben abzuwarten.

Ruäch Eine Reise ins jenische Europa

Wie macht man einen Film über Menschen, die lieber unsichtbar bleiben?

Ein jenischer Freund der Schweizer Filmemacher Andreas Müller, Simon Guy Fässler und Marcel Bächtiger war es, der ihnen Türen geöffnet, sie an ihnen unbekannte Orte geführt und Kontakte zu Menschen vermittelt hat, die mitten in Europa ein verborgenes Leben führen.

2023 in Innsbruck präsentiert und im März 2024 in Wien, Graz, Linz, Villach und Innsbruck gezeigt. Der Film ist ab dem 30. Mai 2024 in Cinema Paradiso in St. Pölten zu sehen.

www.ruach.ch

Sieben Jahre hat das Filmteam im Kreis der Jenischen verbracht, in den Wäldern Kärntens, auf Plätzen Frankreichs und in den Bergen und Tälern Graubündens. Entstanden ist ein Film über das Leben der Volksgruppe der Jenischen – ein Film, der gleichzeitig vom Unwissen, von den Vorurteilen und der Skepsis der Filmemacher – und wohl aller Nicht-Jenischen – handelt. Der Titel „Ruäch“ steht für einen, der nicht jenisch ist.

Das dokumentarische Roadmovie „Ruäch – Eine Reise ins jenische Europa“ wurde schon am Vorabend des 7. Jenischen Kulturtags



Rechtsextremismus drängt in die Mitte

„**F**rühlingsstimmung am rechten Rand“ beobachtet der Rechtsextremismusforscher **Bernhard Weidinger** vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in seinem Beitrag über zentrale Akteure und Entwicklungslinien der extremen Rechten in Österreich. Gründe für die aktuelle rechte Euphorie sind neben den erwarteten spektakulären Erfolgen für die FPÖ bei der Nationalratswahl im Herbst auch die fehlende Distanzierung Herbert Kickls von identitären Diskursen. Während das Potsdamer „Remigrations“-Treffen von Rechtsextremen für viele Deutsche einem Tabubruch gleichkommt, bestimmen seine Inhalte längst die Position des aussichtsreichsten Kanzlerkandidaten in Österreich, wie die Diskursforscherin **Ruth Wodak** in einem *Spiegel*-Gastkommentar vom Februar 2024 konstatiert.

Als Randerscheinung zu lange unterschätzt, findet der Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden Propaganda mittlerweile bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft Anklang. Als harmloser Protest getarnt, forciert er Verschwörungstheorien und greift spätestens seit der Corona-Krise massiv in gesellschaftliche Debatten und Diskurse ein.

Der Übergang von rechtsextremem Gedankengut zu rechtsextremistischem Terror, von verbalen Angriffen zu physischer Gewalt ist fließend. Davon zeugt nicht nur die Geschichte des Brief- und Rohrbombenterrors der 1990er Jahre in Österreich.

Für unsere Schwerpunktausgabe zur drohenden rechtsextremen Gefahr haben wir Expert*innen aus der Rechtsextremismusforschung eingeladen, ihr Wissen und ihre Prognosen mit uns zu teilen.

Bernhard Weidingers einleitendem Überblickstext folgt eine Analyse von **Judith Goetz** über die Nähe der „Identitären“ zum Rechtsterrorismus.

Andreas Peham weist in seinem Beitrag auf die Gemeinsamkeiten von Islamismus und Rechtsextremismus hin und zeigt, wie sehr sich der antimuslimische Rassismus als Brücke der extremen Rechten in den Mainstream eignet.

Antisemitismus ist kein Alleinstellungsmerkmal rechter Ideologien, vielmehr dient er vom politischen Islam über Impfgegner*innen bis hin zu linken Gruppierungen als „weltanschaulicher Kitt“. **Isolde Vogel** zeichnet die Wege einer leicht wandelbaren Welterklärung nach.

Wie kann Ideologien der Ungleichheit die Grundlage entzogen werden? **Philipp Moritz** berichtet von unterschiedlichen Ansätzen der Präventionsarbeit und den Schwierigkeiten, denen sich Ausstiegsprogramme stellen müssen.

Rechtsextreme Migrant*innen sind nicht weniger bedrohlich als autochthone. **Evrin Erşan Akkılıç** findet jedoch, dass es einer präzisierten Definition von Rechtsextremismus bedarf, um diese Gruppe gleichzeitig als Betroffene und Agierende erkennen zu können.

Paul Schlieffsteiner arbeitet historisch zum Brief- und Rohrbombenterror der 1990er Jahre in Österreich. Sein Beitrag ist ein Resümee jener Ereignisse und ihrer Auswirkungen.

Die **Radio-Stimme**-Redakteurin **Lilian Häge** war Ende Januar auf der *Großdemonstration für Demokratie und gegen Rechtsextremismus* in Wien. In einer „Demo-Nachlese“ denkt sie über die Gemeinsamkeiten der bis zu 80.000 Anwesenden nach und darüber, was sie unter „rechts“ verstehen mögen.

Anschließend an die Themenstrecke finden Sie einen Bericht von **Sieglinde Rosenberger** und **Christine Engel** über ihren Besuch bei der Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin **Jokha Althari** in Oman. Mit ihrem Roman „Celestial Bodies“ wurde Althari 2019 als erste Autorin aus dem arabischen Raum mit dem renommierten Booker-Prize ausgezeichnet.

In eigener Sache

Die Ausstellung der **Initiative Minderheiten** in Kooperation mit *Volkskundemuseum Wien*, *kärnten.museum* und *Offenes Haus Oberwart* „**Man will uns ans Leben**“ | **Bomben gegen Minderheiten 1993–1996** wird von 24. April bis 25. August 2024 im Volkskundemuseum Wien zu sehen sein. Wir freuen uns auf viele Besucher*innen!

Bis dahin – und auch danach – kämpfen wir für eine wehrhafte Demokratie. Es zählt sich aus.
Gamze Ongan, Chefredakteurin

Die Suche nach Zeichen

Jüngst erschien im *Standard* ein Artikel, in dem die Sprache Herbert Kickls auf das NS-Vokabular hin untersucht wird. Eine ganze Seite voller Treffer!

Eigentlich wird diese Suchaktion nach Sprachrestln der „Ehemaligen“ in regelmäßigen Abständen veranstaltet, schon seit Jörg Haider's Zeiten: durch unterschiedliche Printmedien, im Nachrichtenfernsehen und naturgemäß von Kabarettist*innen, die, nebenbei gesagt, hierzulande inzwischen die Funktion von „public intellectuals“ übernommen haben.

„Da spricht der Geist von damals!“ lautet die Botschaft bei nämlicher Suche. Aus zweierlei Gründen finde ich eine solche Parallelisierung problematisch. Erstens wegen der reflexhaften Berufung auf den Nationalsozialismus. Ja, es gibt die Wiederholung von Nazi-Ausdrücken in der Rhetorik vieler FP-Politiker*innen. Es ist keine Kunst, solche Perlen in der Verbal-Muschel etwa von Kickl zu entdecken, zumal es Bestandteil seiner rhetorischen Strategie ist, solche als gut (wieder-)erkennbare Codeworte in die Rede zu streuen. Es handelt sich um eine multieffektive Strategie.

Einerseits soll signalisiert werden, dass man noch immer linientreu ist; man hat das politische Lager nicht verlassen, kämpft dort trotz der juridischen Widrigkeiten in Ehre und Treue für die Sache. Dieser harte Tobak ist jedoch an entsprechend hartgesottene Kernwähler*innen adressiert, die einen eher kleinen Prozentsatz ausmachen. Für jene, die bei den Wahlen den „Herrschenden da oben“ eins auswischen wollen, ist hingegen der Provokationsaspekt reserviert: „Schaut her, kaum reden wir von Werten wie Ehre und Vaterland, von Umvolkungsgefahr und Entwurzelung, packen schon die linkslinken Globalisten die Nazi-Keule aus!“ Die Wechsel- und Wutwähler*innen bekommen zusätzlich zur Rache an Eliten a Gaudi im Bierzelt vorserviert, wenn sie einem Politikasperl dabei zusehen, wie er im Stil des Villacher Faschings Witze reißt. Das ist populär und populistisch, das sitzt.

Wenn darauf liberale Kritiker*innen „Das ist die Sprache der Nazis!“ aufschreien, müssen sie in nicht seltenen Fällen mit der Antwort rechnen: „Na und?“ Vielen Wähler*innen macht das wirklich *nichts* aus. Und zwar nicht, weil sie selbst etwas für das NS-Regime übrig hätten, sondern weil dieses für sie Schnee von gestern ist. Die FPÖ gewinnt nicht wegen des signalhaften Gebrauchs von NS-Vokabular. Sie gewinnt, weil sie dieses Vokabular auf eine aktuelle Lage mit neuen Zielscheiben ummünzen kann. Schon seit Jahrzehnten forciert sie neue Feindbilder,

die sie in die *Simulation eines Klassenkampfes* zwischen Machthabern und Machtlosen einbetten kann. Diese neuen Feindbilder sind – je nach Konjunktur – Zugewanderte, Geflüchtete, „fremde“ Kulturen und Religionen, aber auch die EU mit ihren Bürokraten, ja sogar die Corona-Impfung. Von Bestand ist einzig die Figur, die die FPÖ bei diesem „Klassenkampf“ zwischen dem Volk und den Eliten mimt: jene des Alpen-Robin-Hoods.

Ich meine nicht, dass die NS-Ideologie, der Rassismus und der Antisemitismus, das suchthafte Sehnen nach autoritärer Ordnung keine relevante Rolle in der Geschichte und Gegenwart dieser Partei sowie für einen Teil ihrer Wähler*innen spielten. Es ist notwendig, solche Denk- und Rede-Elemente in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Allerdings ist das nicht effektiv gegen den Aufstieg der FPÖ mit ihrem Volkskanzleranwärter. Das Aufdecken des Nationalsozialistischen im Freiheitlichen (oder Identitären) kann daher im „besten“ Fall *juridische* Maßnahmen erzielen. Eine *politische* Gefahr juridisch bekämpfen zu wollen, bringt jedoch längerfristig keine Abwehr der Gefahr.

Und zweitens die Sprache, es ist wieder die Sprache! Dass die *Politik der Zeichen* mittlerweile hegemonial geworden ist, zeigen nicht nur die internen Debatten über korrekte und verbotene Wörter, welche derzeit als Sturm in der linksliberalen Blase stattfinden. Denn siehe, auch der Kampf gegen den aufhaltsamen Aufstieg eines weiteren Arturo Ui in freiheitlichem Gewand (des dritten in Serie!) wird am liebsten vom Revier der Sprache heraus geführt. Nach Zeichen (der NS-Sprache) suchen, Zeichen finden, Zeichen deuten, auf Zeichen hinweisen und dagegen ein Zeichen setzen: Darin erschöpfen sich liberaldemokratische Politiken heute.

Natürlich hatte Viktor Klemperer recht, wenn er inmitten des NS-Regimes (wenn wir unbedingt bei diesem Beispiel bleiben wollen) von Worten sprach, die ihre „Giftwirkung“ wie „winzige Arsendosen“ erst mit der Zeit ausbreiten. Keine Frage, Sprache ist ein Schauplatz politischer Kämpfe, ein sehr wesentlicher obendrein. Und dennoch waren es nicht oder nicht vornehmlich die Worte, die jenes Regime ermöglichten und Millionen von Menschen einem *wörtlichen* Giftmord zuführten.

So ist es beispielsweise auch keine zeichenhafte Politik, wenn der Chef-Identitäre in einer Rede die Deportation von eingebürgerten Migrant*innen als politische Möglichkeit in Aussicht stellt. Gegen eine solche „Vision“ kann man kein wirksames Zeichen setzen, sondern sie muss mit allen politischen Mitteln verunmöglicht werden.

RECHTSEXTRREMISMUS

DERRÄUIGT IN DIE MITTE



Extreme Rechte in Österreich

Eine Einführung

Im internationalen Vergleich sticht Österreich seit Jahrzehnten durch die Stärke des parteiförmigen Rechtsextremismus hervor. Die außerparlamentarische extreme Rechte hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg teils in dessen Schatten, aber immer in enger, meist kritisch-solidarischer Auseinandersetzung mit diesem entwickelt. Ein Überblick über zentrale Akteure und Entwicklungslinien.

Jede Geschichte des österreichischen Rechtsextremismus nach 1945 hat mit dem Hinweis auf die Kontinuitäten zu beginnen, die aus der Zeit des Nationalsozialismus in die Nachkriegszeit und teilweise bis in die Gegenwart reichen: personelle Kontinuitäten ebenso wie ideologische. Gleichzeitig veränderte die Niederrichtung des NS-Regimes die Voraussetzungen für rechtsextreme Politik. Sie sah sich nun mit einer Art antinazistischen (wenn auch nicht antifaschistischen) Grundkonsens konfrontiert, der auf rechtlicher Ebene Ausdruck im sogenannten Verbotsgesetz fand. Dieses stellt (neo-)nationalsozialistische Betätigung, einschließlich der Leugnung, Gutheißung oder gröblichen Verharmlosung von NS-Verbrechen, unter Strafe. Neben dem Verbotsgesetz beschränken der Verhetzungsparagraph (§ 283) des Strafgesetzbuchs, das Abzeichen- und das Symbole-Gesetz sowie einzelne Artikel (v. a. 4, 7 und 9) des Staatsvertrages von 1955 die Propagandatätigkeit österreichischer Rechtsextremer. Eine grundsätzli-

che Verfassungsfeindlichkeit wird dem Rechtsextremismus (diesseits seiner neonazistischen Ausformung) in Österreich allerdings nicht attestiert. Weite Teile der rechtsextremen Aktivitäten hierzulande bewegen sich dementsprechend in legalem Rahmen.

Wiederaufbau der Szene

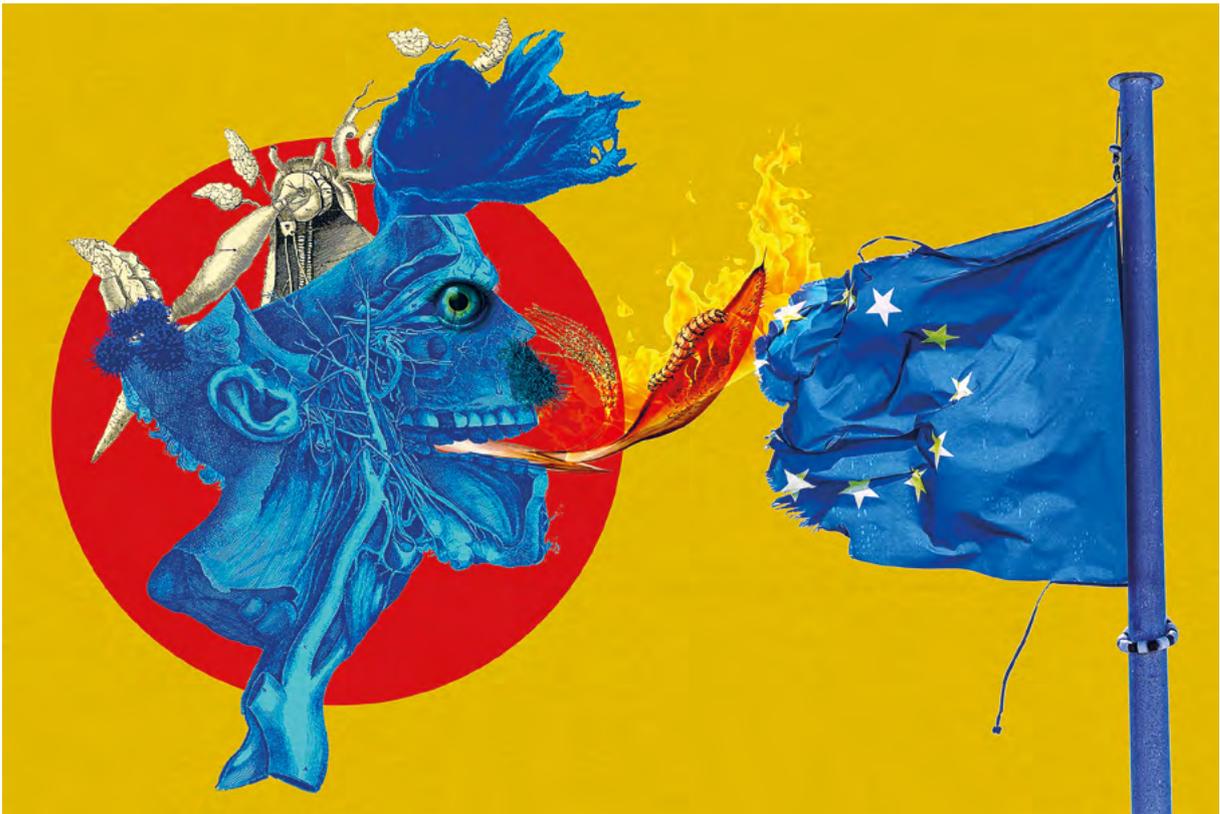
Diesen Umstand machten sich Rechtsextreme nach 1945 bald zunutze. Parallel zum nachlassenden „Entnazifizierungs“-Eifer konnten sich bereits ab Ende der 1940er Jahre wieder entsprechende Organisationen formieren, darunter Veteranenverbände und Neugründungen älterer Verbände des völkischen Spektrums. Während tatsächlich neonazistische Gruppierungen angesichts der neuen rechtlichen Lage meist bald behördlich aufgelöst wurden, konnten Organisationen mit weniger (eindeutig) positiver Bezugnahme auf den Nationalsozialismus nach 1945 teils eine gewisse Massenbasis erlangen, darunter etwa der *Österreichische*

Turnerbund (ÖTB) oder der *Kärntner Heimatdienst* (KHD).

Während diese beiden sich im Lauf der Jahrzehnte mäßigen sollten, blieben die völkischen Studentenverbindungen – und hier insbesondere die Burschenschaften – bis heute maßgebliche Player der extremen Rechten. Dieser Umstand verdankt sich weniger ihrer (überschaubaren) Mitgliederzahl als ihrer gleichzeitigen Kaderschmiede-Funktion für die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und für den außerparlamentarischen Rechtsextremismus.

FPÖ: parlamentarischer Arm der extremen Rechten?

Die FPÖ kann als wichtigste Akteurin wenn nicht des, so jedenfalls für den österreichischen Rechtsextremismus nach 1945 bezeichnet werden. Zum einen weist sie weitreichende inhaltliche wie personelle Überschneidungen mit der außerparlamentarischen extremen Rechten



auf, zum anderen bezieht sich diese – mit Ausnahme des neonazistischen Spektrums – positiv bzw. kritisch-solidarisch auf sie. Die FPÖ ist es, die rechtsextremen Anliegen über Parlamente, eigene und fremde Medien Öffentlichkeit verschafft, die am rechten Rand geprägten Begriffe und Problembestimmungen salonfähig macht und mitunter die entsprechenden Forderungen in Regierungsverantwortung auch zur Umsetzung bringt. Andere rechtsextreme Parteiprojekte konnten sich neben dem freiheitlichen Monopolisten nie nachhaltig etablieren.

Gegründet 1956, repräsentiert die FPÖ das sogenannte Dritte Lager der österreichischen Politik – neben dem christlich-konservativen und dem sozialdemokratischen. Ideengeschichtlich speist dieses Lager sich zum einen aus der liberalen, zum anderen aus der deutsch-nationalistischen Tradition. Das liberale Erbe wurde allerdings in mehreren Schritten entsorgt: mit der Parteigründung selbst, die einen Rechtsruck gegenüber dem ideologisch diverseren Vorgängerprojekt (*Verband der Unabhängigen* / VdU) bedeutete; mit der Wahl Jörg Haider

zum Parteiohmann 1986; sowie mit den Abspaltungen des *Liberalen Forums* (1993) und des *Bündnisses Zukunft Österreich* (2005). Bis heute hält die Partei an dem Bekenntnis fest, dass „die überwiegende Mehrheit der Österreicher [...] Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ sei, wie es im geltenden Parteiprogramm heißt.

Die ersten 30 Jahre ihres Bestehens verharnte die FPÖ im Status einer Kleinpartei – bis Jörg Haider sie in lichte Höhen führte. Haider's Erfolgsrezept bestand in einer populistischen Kombination von Agitation gegen „die da oben“ (tatsächliche und vermeintliche Eliten) und „die anderen“ (Migrant*innen und Geflüchtete). Unter ihm begann die Partei jene systematische Ethnisierung des Sozialen, d. h. die Rahmung aller möglichen Problemlagen als vermeintlich ethnische Konflikte, die ihr Handeln bis heute prägt. Dazu gesellte sich die Inszenierung als einzige Alternative zu einem angeblich monolithischen Block der politischen Konkurrenz – den sogenannten „Lizenz-“, „Block-“, „Alt-“ oder „Systemparteien“, die aktuell

unter Parteiohmann Herbert Kickl wieder besondere Betonung erfährt.

Im Kielwasser des freiheitlichen Aufstiegs trat die „Ausländerfrage“ ins Zentrum der politischen Debatte. Die bisherigen Großparteien antworteten darauf zunächst mit teilweiser Übernahme freiheitlicher Forderungen und schließlich – im Fall der ÖVP – auch mit offener Zusammenarbeit. In Ermangelung eines parteienübergreifenden Konsenses, mit der parteipolitischen Vertretung der extremen Rechten nicht zusammenzuarbeiten, war die FPÖ inzwischen viermal in Bundesregierungen vertreten, wo sie bislang an hausgemachten Skandalen und/oder den Widersprüchen zwischen populistischen Oppositionsansagen und Regierungspragmatismus zu scheitern pflegte.

Auslaufmodell Neonazismus

Im Kontrast zur Stärke seiner parteiförmigen Erscheinungsform ist dem österreichischen Rechtsextremismus eine relative Schwäche auf der Straße (Demonstrationen, gewalttätige Übergriffe) zu attestieren.

Nur in seltenen Momenten gelang es rechtsextremen Kräften in der Zweiten Republik, eine vierstellige Zahl von Menschen für Demonstrationen zu mobilisieren. Bei aller Gewaltlatenz der rechtsextremen Sprache und Ideologie kam es – verglichen etwa mit Deutschland – auch nur selten zu politischen Morden oder terroristischen Aktivitäten. Als wichtigste Ausnahmen sind der Bombenterror der 1960er Jahre in Südtirol, in den zahlreiche Österreicher (insbesondere Burschenschafter) involviert waren, eine Serie von Bombenanschlägen auf als jüdisch markierte Ziele Anfang der 1980er Jahre sowie die Briefbombenserien der *Bajuwarischen Befreiungsarmee* (BBA) in den 1990er Jahren zu nennen. Die BBA bzw. der letztlich als vermeintlicher Einzeltäter aufgegriffene Franz Fuchs zeichnete auch für das Rohrbombenattentat von Oberwart 1995 verantwortlich, dem vier Roma zum Opfer fielen. Eine Sonderstellung in der Geschichte der Zweiten Republik nimmt das Kärntner Ortstafelpogrom von 1972 ein, insofern dieses zwar von völkischen Aufwallungen, nicht aber notwendig neonazistischer Gesinnung getragen war, von Massenorganisationen zumindest maßgeblich vorbereitet wurde und von nicht unbeträchtlichen Teilen der lokalen Bevölkerung ausgeführt und unterstützt wurde. Auch die Reaktion des Staates – offene Kapitulation vor dem völkischen Verfassungsbruch – ist als Besonderheit zu vermerken.

Als maßgebliche Beispiele neonazistischer Organisation nach 1945 sind Norbert Burgers *Nationaldemokratische Partei* (NDP) von 1967 bis zu ihrer behördlichen Auflösung 1988, die vor allem an und im Umfeld von Hochschulen aktive *Aktion Neue Rechte* (ANR) in den 1970er Jahren sowie die 1986 gegründete *Volkstreue außerparlamentarische Opposition* (VAPO) um Gottfried Küssel zu nennen. Die VAPO-Zeit um 1990 war auch die Hochzeit der in losem Zusammen-

hang agierenden „Kameradschaften“ und der Wehrsportübungen. Infolge behördlicher Repression existiert eine der deutschen vergleichbare Kameradschaftsszene in Österreich seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr. Nach der Jahrtausendwende machten Projekte wie der *Bund freier Jugend* (BfJ) oder die Website *alpen-donau.info* für einige Jahre von sich reden, bis auch sie zerschlagen wurden. Seither betätigen österreichische Neonazis sich vorrangig online (in Form anonymer Blogs und Telegram-Kanäle) und in subkulturellen Szenen wie dem Fußball-Hooliganismus, dem Kampfsport oder musikalischen Unternehmungen von Hardcore über Neofolk bis Techno.

„Identitäre“ Modernisierung

Angesichts der offensichtlichen Nicht-Nachhaltigkeit neonazistischer Organisation setzt der außerparlamentarische Rechtsextremismus in Österreich seit den 2010er Jahren verstärkt auf sogenannte „neurechte“ Ansätze. Maßgeblichstes Beispiel hierfür ist die *Identitäre Bewegung Österreich* (IBÖ). Durch rhetorische und stilistische Modernisierung alter Forderungen, aktionistische Interventionen nach Vorbild linker Bewegungen und NGOs und der systematischen Bespielung sozialer und traditioneller Medien erlangte diese Gruppierung schnell Bekanntheit. Nachdem bekannt geworden war, dass gleich mehrere Rechtsterroristen – darunter der Massenmörder von Christchurch, Neuseeland 2019 – vor Verübung ihrer Taten an die österreichischen *Identitären* gespendet hatten, geriet die Marke zunehmend in Verruf. Behördliche Repressalien (Hausdurchsuchungen, Anklagen) taten ein Übriges. Selbst die FPÖ ging, solange sie sich in Regierungsverantwortung befand, auf Distanz.

Von *identitärer* Seite reagierte man mit dem Versuch, sich unter neuen Labels (*Die Österreicher, Aktives*

Wien, Widerstand in Bewegung etc.) zu re-etablieren. Parallel dazu baute man physische Zentren in der Steiermark („Kulturfestung“ in Eichkögl), Oberösterreich („Castell Aurora“ in Steyregg) und Wien (ein Kellerlokal im fünften Gemeindebezirk Margareten) auf. In jüngster Vergangenheit gelang es – nicht zuletzt dank der freiheitlichen Absage an die „Distanziererei“ unter Kickl und Generalsekretär Michael Schnedlitz –, die zwischenzeitig zurückgegangene mediale Aufmerksamkeit zurückzugewinnen. *Identitären*-Gesicht Martin Sellner befindet sich Anfang 2024 wohl am bisherigen Höhepunkt seiner Prominenz über die Landesgrenzen hinweg und stößt mit seinen Botschaften auch auf der Führungsebene von FPÖ und *Alternative für Deutschland* (AfD) auf offene Ohren.

Publizistische Erfolge

Flankiert wird die Betätigung rechtsextremer Organisationen seit jeher durch die Tätigkeit entsprechender publizistischer Organe. Hier haben sich in den letzten fünfzehn Jahren wesentliche Umbrüche ergeben. Traditionsreiche Titel wie *Die Aula* oder *Kommentare zum Zeitgeschehen* wurden eingestellt, andere (wie *Der Eckart*) einem Relaunch unterzogen. Bei den heute maßgeblichsten Playern handelt es sich um jüngere Gründungen wie *Info-Direkt* (2015) oder *Freilich* (2018), die nicht nur in Printform erscheinen, sondern auch und vor allem online agieren und damit jedenfalls phasenweise über die traditionelle Leserschaft rechtsextremer Zeitschriften hinaus Aufmerksamkeit zu generieren vermochten. Dies gilt insbesondere für die Hochzeit der Corona-Pandemie, die mit *AUF1* zudem ein neues Desinformationsprojekt hervorbrachte, das inzwischen auch das Satellitenfernsehen bespielt. Der Startschuss für die Online-Offensive war 2009 erschallt: Unter der Ägide des damaligen Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf nahm in diesem Jahr *unzensuriert.at* seine Arbeit auf.



Heute ist es nur eines von mehreren formal überparteilichen Medien, die konsequent im Sinne der FPÖ berichten – und damit einen integralen Bestandteil der freiheitlichen Medienstrategie darstellen.

Allochthoner Rechtsextremismus

Mit der ethnischen Diversifizierung der österreichischen Bevölkerung hielten in den letzten Jahrzehnten verstärkt auch migran- tische Rechtsextremismen Einzug. Unter ihnen stechen in Organisierungsgrad und Mobilisierungsstärke insbesondere die türkisch-faschistischen *Grauen Wölfe*, organisiert v. a. in der *Avusturya Türk Federasyonu* (ATF), hervor. Während die vereinsförmigen Strukturen sich in Sachen politischer Betätigung in öffentlichem Rahmen Zurückhaltung

auferlegen, kommt es immer wieder zu teilweise spontanen Mobilisierungen unorganisierter türkisch-nationalistischer Kräfte, insbesondere mit antikurdischer Stoßrichtung. Einige Aufmerksamkeit generierten etwa die mehrtägigen Auseinandersetzungen mit kurdischen, feministischen und antifaschistischen Gruppen in Wien-Favoriten vom Juni 2020.

Ansätze einer Organisierung in der Diaspora zeigen oder zeigten u. a. auch kroatische, polnische und ungarische Rechtsextreme. Das jährliche Treffen von Nostalgiker*innen der kroatischen *Ustaša* in Bleiburg (Kärnten, slowenisch: Pliberk) Mitte Mai stellte vorübergehend (und nach dem Ende der ebenfalls in Kärnten jährlich abgehaltenen Ulrichsbergfeier) die größte regelmäßige Massenveranstaltung rechtsextremen Charakters in Österreich dar. Die

Corona-Pandemie bereitete ihr schließlich, im Verein mit zunehmendem politischen Druck, ein Ende.

Inhaltliche Evolution und soziale Agenden

In der rechtsextremen Themensetzung sind langjährige Kernanliegen wie die Verteidigung des „deutschen Charakters“ Österreichs oder die Südtirolfrage zunehmend in den Hintergrund getreten. Seit den 1980er Jahren avancierte das Pochen auf die Vorrechte der „angestammten“ Bevölkerung (Nativismus) und deren Verteidigung gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ zur *Causa prima*. Während die Wir-Gruppe dabei von traditionalistischen Segmenten der extremen Rechten weiterhin als „deutsch“ bestimmt wird, ist ein ostentativer Österreich-Nationalismus inzwischen in den Vordergrund

gerückt. In der Feindbestimmung wurde die allgemeine Ablehnung von „Ausländern“ durch einen speziellen Fokus auf Asylwerber*innen und Muslim*innen ergänzt. Geopolitisch hat der traditionelle Antiamerikanismus überdauert. Daneben ist seit etwa 15 Jahren eine verstärkte Hinwendung zum autoritär geführten Russland Vladimir Putins zu beobachten. Mit Putin verbindet die extreme Rechte unter anderem die entschiedene Gegnerschaft zur EU, den USA und liberalen („westlichen“) Werten.

In sozialpolitischer Hinsicht verfiel die FPÖ unter dem Schlagwort „soziale Heimatpartei“ stellvertretend für den rechten Rand die Vorrangstellung der „echten“ Österreicher*innen. Wie schon der historische Faschismus hat auch der heutige Rechtsextremismus sozialchauvinistischen Zuschnitts allen sozialen Schichten etwas anzubieten, indem er – ökonomische Absicherung und soziale Anerkennung verheißend – eine klassenübergreifende Solidargemeinschaft des Volkes beschwört. Die dabei versprochenen sozialen Segnungen sollen auf Kosten jener gehen, die nicht zum nationalen Kollektiv gehören und auch sozialpolitisch entsprechend (als Nichtzugehörige) behandelt werden sollen. Insofern die liberale Tradition des Dritten Lagers als Wirtschaftsliberalismus mit sozialdarwinistischer Stoßrichtung überdauert hat, soll daneben auch der „einheimischen“ Bevölkerung Leistung und Selbststop-

timierung abverlangt werden. Da dies dem Ziel der Stimmenmaximierung entgegensteht, werden entsprechende Einschnitte ins Sozialsystem mit Geltung für alle bevorzugt als Durchgreifen gegen die vermeintliche „Sozialschmarotzerei“ migrantischer Gruppen gerahmt.

Extreme Rechte in Zeiten der Pandemie

In jüngster Vergangenheit hat die extreme Rechte zunächst im Zuge der Fluchtbewegungen 2015/2016 sowie ab 2020 durch die Corona-Pandemie für sie günstige Themen- und emotionale Großwetterlagen vorgefunden. In beiden Fällen übersetzte sich dies in verstärkte, teilweise recht erfolgreiche Mobilisierungen auf der Straße, hektischen Online-Aktivismus und eine Hochkonjunktur von Verschwörungsphantasien. Bevorzugt werden dabei „Globalisten“ – oft nicht näher benannte, mehr oder weniger offen als jüdisch konnotierte globale Wirtschafts- und Machteliten – als Drahtzieher hinter bedrohlich empfundenen Entwicklungen ausgemacht. Im Zuge der Pandemie wurde insbesondere die Idee eines „Great Reset“ verstärkt in den Mittelpunkt gerückt – und in der rechtsextremen Rezeption monströs aufgeblasen. Aus einem Reformprojekt für einen zukunftsfähigen Kapitalismus wurde so ein totalitärer Plan zur Enteignung und Versklavung der freien Menschheit und zur Abschaffung der Völker. So bleibt der Rechtsextremismus als Gegenstand

im Fluss – und dabei doch seinen inhaltlichen Grundtendenzen treu.

Im Vorhof der Macht

Aktuell herrscht an Österreichs rechtem Rand Frühlingsstimmung: Man erwartet spektakuläre Erfolge bei den anstehenden Wahlen und zeigt sich zuversichtlich, dass diese, anders als zuvor, auch in einen nachhaltigen politischen Wandel umgemünzt werden können. Neben guten Umfragewerten speist diese Hoffnung sich vor allem aus dem aktuellen Kurs der FPÖ, die sich unter Herbert Kickl nicht länger von Gruppen wie den *Identitären* distanziert, diese vielmehr öffentlich in Schutz nimmt, ihre Begriffe und Erzählungen in den öffentlichen Diskurs einbringt und rechte bis rechtsextreme „Alternativmedien“ nach Kräften fördert. Die zumindest rhetorische Mäßigung, die frühere Parteichefs als Vorleistung für einen Regierungseintritt an den Tag legten, wird von Kickl demonstrativ verweigert. So ruht auf ihm die Hoffnung der österreichischen extremen Rechten, ihrem Kernanliegen nachhaltig zum Durchbruch zu verhelfen: Österreich „wieder“ ethnisch homogen zu machen.

Bernhard Weidinger ist Rechtsextremismusforscher am *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) in Wien und Mitglied der *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU). Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die aktualisierte Version eines Artikels, der 2021 in *SIÖ – Fachzeitschrift für Soziale Arbeit in Österreich* erschien.



WWW.SHIFT.WIEN
Das Förderprogramm der Stadt Wien
für die freie Kunst- und Kulturszene



Foto: Thomas Gobauer

Botschafts- verbrechen

Die Nähe der „Identitären“ zum Rechtsterrorismus

Die rechtsextremen Bezüge auf den „Großen Austausch“ sowie die „Türkenbelagerung“ zeigen nicht nur historische Verbindungslinien vom österreichischen Terroristen der 1990er Jahre Franz Fuchs bis zu den „Identitären“, sondern machen auch deutlich, dass letztere ideologisch mit rechtsterroristischen Attentätern verflochten sind.

Seit 2012 versuchen die „Identitären“^[1] zunächst in Frankreich und dann in verschiedenen Regionen Europas sowie den USA, Fuß zu fassen und ihre Ideologie zu verbreiten. Insbesondere in Österreich konnte die Gruppe besondere Bedeutung sowie einige Erfolge erzielen. Nicht nur stammt der bekannteste und wichtigste Kader, der die Entwicklung identitärer Ideologie und Aktionsformen mitprägte, aus Österreich. Auch einige international bedeutende Kampagnen wurden unter maßgeblicher Beteiligung österreichischer „Identitärer“ initiiert und durchgeführt. Mit spektakulären Aktionen – wie etwa Besetzungen von Parteizentralen, Störungen von Veranstaltungen oder dem Klettern auf Hausdächer – konnten sie für einige Jahre großes öffentliches Aufsehen für sich generieren. Dadurch wurden die „Identitären“ zu einer wichtigen Akteurin des außerparlamentarischen Rechtsextremismus hierzulande.

Aufstieg und Fall der „Identitären“

Durch die Inszenierung als hippe und patriotische Jugendbewegung gelang es der Gruppe, sich zumindest rhetorisch vom Nationalsozialismus zu distanzieren und den Staub der antiquierten „Alten Rechten“ abzulegen. Obgleich der Kern der identitären Ideologie weitgehend gleich blieb, schafften es die „Identitären“ durch die Verwendung weniger belasteter Begriffe, harmloser zu wirken. Mit ihrem Angebot eines modernisierten völkischen Nationalismus übten sie insbesondere auf junge Menschen Attraktivität aus. Anstelle einer klassischen völkischen Ideologie, die die Bedeutung von Blutsverwandtschaft, Abstammung und gemeinsamer Herkunft als Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem „Volk“ be- greift, machen sich die „Identitären“ beispielsweise für den harmloser anmutenden „Ethnopluralismus“ stark. Hinter dem Begriff verbirgt sich

jedoch die gleichbleibende Vorstellung, dass verschiedene ethnische oder kulturelle Gruppen getrennt voneinander in ihren – vermeintlich ursprünglichen – Territorien leben sollten, um die kulturelle Identität und Eigenständigkeit zu bewahren. Die Begriffe „Volkstod“ oder „Umvolkung“, die in rechtsextremen Kreisen – auch von Franz Fuchs – vor allem verwendet wurden, um die Bedrohung eines imaginierten Aussterbens der „Einheimischen“ zu beschreiben, ersetzten die „Identitären“ durch den – zumindest anfangs – weniger bedrohlich klingenden Begriff „Großer Austausch“. Zur Umschreibung ihres brutalen Plans, zugewanderte Menschen massenhaft gegen ihren Willen zu deportieren, deuteten die „Identitären“ den aus der NS-Exilforschung stammenden Begriff der „Remigration“ für ihre Zwecke um.

Der Erfolg der „Identitären“ nahm jedoch ein Ende, als bekannt wurde, dass der Rechtsterrorist, der 2019 im neuseeländischen Christchurch über 50 Menschen ermordet hatte, 2018 einem österreichischen Kader

^[1]Der Eigenname lautet „Identitäre Bewegung“ (IB). Da es sich hier aber um eine Selbstbezeichnung handelt, die nicht zuletzt die Strategie verfolgt, sich größer darzustellen, als es der Fall ist, wird in diesem Text von den „Identitären“ und nicht von einer „Bewegung“ die Rede sein.



der Gruppe eine größere Spende hatte zukommen lassen. Auch trug das Manifest des Attentäters den gleichen Namen („Der große Austausch“) wie eine langjährige Kampagne der Gruppe, mit der es den „Identitären“ gelungen war, den Begriff im deutschsprachigen Raum zu popularisieren. Beides zog sowohl einen Imageschaden als auch eine Welle der Repression wie Verbote ihrer Symbole und Distanzierungen nach sich. So verkündete sogar der rechtsextreme Verleger Götz Kubitschek Ende 2019, dass die Marke „Identitäre“ „nun bis zur Unberührbarkeit kontaminiert“^[2] sei und folglich „nichts Großes“ mehr aus dem Projekt werden könne. Selbst ihre Versuche, sich Ende 2019 in Österreich als Bürgerbewegung namens „Die Österreicher“ neu zu formieren, erwiesen sich als wenig erfolgversprechend. Durch eine im Januar 2024 veröffentlichte Recherche von *Correctiv*, die enthüllte, dass rechts-extreme Akteur*innen – darunter auch ein führender Kader der österreichischen „Identitären“ – bei einem geheimen Treffen einen Plan zur Vertreibung von Millionen Menschen diskutierten, erhielten sie erneut Aufmerksamkeit.

Eine Kriegserklärung

Die Gewaltdisposition und -akzeptanz der Gruppe hatte sich schon von Beginn an auf vielfältige Weise gezeigt: in ihrer fatalistischen Ideologie, Kampf- und Kriegsrhetorik, ihrer entmenschlichenden (Bild-)Sprache sowie in ihren Taten. Bereits die Botschaft des ersten YouTube-Videos der „Génération Identitaire“, das auch im deutschsprachigen Raum – mit deutschen Untertiteln versehen – weite Verbreitung fand, lautete: „Glaubt nicht, dies ist nur ein Manifest, es ist eine Kriegserklärung!“ Bis heute wännen sich die Anhänger*innen der „Identitären“ im Krieg. So mag es nicht verwundern, dass die Vorbereitungen für den Ernstfall längst laufen. Bereits 2016 bezeichnete der Rechtsextremismus-Experte Andreas Peham die „Identitären“ als „Vorbereiter einer ‚Generation Breivik‘.“^[3] Peham bezog sich dabei auf die von der Gruppe propagierten, apokalyptischen Bedrohungsfantasien sowie ihre Selbstinszenierungen als „letzte Generation“, die den vermeintlichen Untergang des Abendlandes, der durch den imaginierten großen Bevölkerungsaustausch drohe, noch aufhalten könne.

Weil die politischen Eliten den durch Zuwanderung verursachten Verlust der europäischen Identität nicht aufgehalten und damit das „Volk“ veraten hätten, sei – so die identitäre Logik – der Handlungsbedarf umso dringlicher. Gewalt wird in der identitären Ideologie als Notwehr sowie letzte Lösungsmöglichkeit, um den imaginierten Untergang aufzuhalten, legitimiert.

„Streetfight Experience since 1529“

In ihrer politischen Propaganda beziehen sich die „Identitären“ häufig auf die sogenannte „Türkenbelagerung“, einen Mythos des heldenhaften Kampfes gegen „die osmanischen bzw. türkischen Invasoren“. Auch andere Rechtsextreme und Rechtsterroristen referieren auf den Mythos, um ihn politisch zu instrumentalisieren und mit aktuellen Diskursen über „den Islam“ bzw. die imaginierte Islamisierung Europas zu verbinden. Bezüge auf die Jahreszahlen 1529 und 1683 oder den Namen des damaligen Wiener Stadtkommandanten Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg finden sich sowohl in Zusammenhang mit dem Briefbombenterror in Österreich als auch auf den Waffen und Munitionsmagazinen des Attentäters von Christchurch, im Manifest von Anders Breivik oder bei der FPÖ und

^[2] Bernd Kallina: „Unser Verlag ist ein Lebensentwurf“. Götz Kubitschek registriert im Osten Deutschlands „feinste Ohren für Lügengebäude“. In: *Neue Ordnung* 3/2019. S. 15–17.

^[3] Oberascher, Karl: „Die Identitären: Woher sie kommen und was sie wollen“. Interview mit Andreas Peham. *Kurier* vom 27. 07. 2016.



Lieblingsthema der „Identitären“: Türkenbelagerung | Schlacht um Wien, 12. September 1683.

den „Identitären“. So waren Bekenner schreiben zu Briefbombenserien in den 1990er-Jahren mit Sätzen wie „Wir wehren uns – Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg“ unterzeichnet.

Breivik, der 2011 bei Anschlägen in Oslo und auf Utøya 77 Menschen ermordete, stellte seine blutige Tat schon im Titel seines Manifests, mit dem er sein Verbrechen begründete, in Zusammenhang mit der Belagerung Wiens 1683. Im 1500-seitigen Text „2083: A European Declaration of Independence“ bezeichnet er sich als Begründer eines neuen Ordens der Tempelritter, die Europa bis zum Jahre 2083, also 400 Jahre nach dem Ende der Belagerung Wiens 1683, mittels einer „konservativen Revolution“ vor „Kulturmarxismus“, „Feminismus“ und „Multikulturalismus“ erneut „befreien“ wolle.^[4] Aber auch politische Parteien wie die FPÖ und ihre Verbündeten forderten einen „Gedenktag“ für das Ende der Wiener „Türkenbelagerung“ im EU-Parlament, indem sie den 12. September zum Feiertag machen wollten. Die

„Identitären“ wiederum beziehen sich auf Stickern und Bannern auf den Mythos Türkenbelagerung, insbesondere auf historische Figuren wie Prinz Eugen, und organisierten auch über einige Jahre hinweg im Rahmen der identitären Plattform „gedenken1683“ Fackelmärsche am Kahlenberg in Erinnerung an den Anlass.

„Türkenbelagerung“ als überzeitliches Narrativ der Fremdbedrohung

Durch den Bezug auf den gescheiterten Versuch des osmanischen Heeres, Wien einzunehmen, soll folglich ein überzeitliches Geschichtsnarrativ entstehen. Die Geschichte der Verteidigung Wiens wird durch den Verweis darauf, dass das „Volk“ als schicksalhaftes Kollektiv auch heute noch gegen die Bedrohung durch Fremde kämpfen müsse, in der Gegenwart aktualisiert. Das zeigt sich u. a. bei einer Rede eines führenden Kaders bei Pegida in Dresden im Jahr 2017: „Wir haben damals Wien

vor den Türken verteidigt. [...] WIR. Dieses generationenübergreifende WIR, das macht Identität aus.“^[5] Die vielfältigen Bezugnahmen sowie die weite Verbreitung dieses rechts-extremen Narrativs der Erfolge der Abwehr der „Türkenbelagerung“ verdeutlichen folglich nicht nur seine internationale Relevanz, sondern ebenso die Verbindung zu aktuellen terroristischen Akten.

Die Beispiele machen deutlich, dass die „Identitären“ ideologisch mit rechtsterroristischen Attentätern verstrickt sind. Als „Brüder im Geiste“ bzw. „geistige Brandstifter“ kommt ihnen zudem eine wichtige Rolle zu: Ihre fatalistischen Botschaften erreichen, wie Peham betont, Menschen, „die alleine zu Hause vor ihrem Computer sitzen und daraus die Berechtigung zur Wahl aller, eben auch terroristischer Mittel beziehen“.^[6]

Der zentrale Unterschied zwischen den „Identitären“ und rechtsterroristischen Attentätern kann daran festgemacht werden, dass Erstere nicht müde werden, den bevorstehenden Untergang über die Konstruktion von Bedrohungs-, Angst- und Notwehrszenarien zu beschwören, während Zweitere meinen, dieser Zustand sei bereits eingetroffen. Im Falle der „Identitären“ kann daher von einer diskursiven Vorbereitung von Anschlägen gesprochen werden, die im Sinne von „Botschaftsverbrechen“ in engem Zusammenhang mit Rechtsterrorismus stehen.

Teile des Beitrags gehen auf einen Text zurück, der am 16. 1. 2024 unter dem Titel „(Miss-) Erfolge der ‚Identitären‘ und wie diese die Nähe zum Rechtsterrorismus offenbaren“ auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veröffentlicht wurde. Siehe <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544508/miss-erfolge-der-identitaeren/#footnote-target-13> (Stand: 7. 3. 2024).

Judith Goetz, Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Gender-Forscherin und Rechtsextremismus-Expertin, ist Mitglied der Forschungsgruppe *Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU). Zuletzt Mitherausgeberin von *Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus* (Springer 2022) und *Global Perspectives on Anti-Feminism. Far-Right and Religious Attacks on Equality and Diversity* (Edinburgh University Press 2023).

^[4] Holger Schmale: In einem sogenannten Manifest versucht der Attentäter, seinem Handeln einen scheinbar wissenschaftlichen Überbau zu geben. Terror in Norwegen: Krude Thesen und konkrete Anweisungen, *Berliner Zeitung*, 26. 7. 2011.

^[5] Sellner zit. n. Vera Henßler: „Zwischen der ewigen Vergangenheit und der ewigen kommenden Zukunft“. Das instrumentelle Verhältnis der Identitären zur Geschichte, Juli 2018 | <https://www.apabiz.de>

^[6] Oberascher, Karl: „Die Identitären: Woher sie kommen und was sie wollen“. Interview mit Andreas Peham. *Kurier* vom 27. 07. 2016.

„Abendland in Christenhand!“

Die extreme Rechte und die „Islamisierung“

Um die Jahrtausendwende begann die westeuropäische extreme Rechte, ihren (kulturellen) Rassismus auf die Höhe der Zeit zu bringen und eine antimuslimische Modernisierungswelle einzuleiten. Das modifizierte rassistische Ressentiment, das sich nun weniger gegen Ausländer richtet als gegen Moslems, reicht weit über den Rechtsextremismus hinaus. Dem Schlachtruf „Kampf der Islamisierung!“ folgen auch Menschen, die zuvor den „Kampf der Überfremdung!“ als rassistisch ablehnten. Nicht zuletzt dank begünstigender Medien- und Elitendiskurse wurde Islamisierung zum wirkmächtigen Mythos.



Wahlplakate der Freiheitlichen Partei Österreichs | Bildkollage: Stimme

Der antimuslimische Rassismus dient vor allem als neues Vehikel der alten Feindschaft gegenüber den *fremd* Gemachten für den Mainstream-Diskurs. Die Normalität bis Hegemonie des antimuslimischen Ressentiments macht dieses zum idealen Instrument, um aus der „Extremismus“-Ecke zu kommen. Daneben vermag das Feindbild *Moslems* die unterschiedlichen Fraktionen der extremen Rechten zu einen und diese – etwa in Skandinavien und den Niederlanden – sogar mit Liberalen. Auch kommt ihm zentrale Bedeutung als transnationaler Einigungsfaktor zu. Das rechte Europa (der *Vaterländer*) definiert sich in erster Linie negativ und über paranoide Abgrenzung von der angeblichen *islamischen* Gefahr: „Wir sind europäische Brüder, weil wir nicht islamisiert werden wollen,“ bekannte der damalige FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache 2008. Spätestens seit der Entdeckung des von *Islamisierung* bedrohten *Abendlandes* ist eine *Nationale Internationale* kein Widerspruch mehr in sich, haben die transnationalen Konzepte der extremen Rechten an Bedeutung zugenommen.

Verfeindete Brüder

Es bestehen zahlreiche inhaltliche Überschneidungen und Gemeinsamkeiten von Islamismus und Rechtsextremismus, etwa im Antisemitismus, Antifeminismus und Antiliberalismus, aber auch in den jeweils vorherrschenden Konzepten von *Identität*, *Männlichkeit* und *Wehrhaftigkeit*, in der Fetischisierung der Gewalt und des Todes, im Einheitstick, in der Rekrutierung und virtuellen Propaganda sowie im Wahn, Europa oder die Welt stehe vor einem apokalyptischen Endkampf. Weil im Islamismus dieser Wahn aber offener ausgelebt werden kann, begegnen ihm Rechts-extreme oft mit (verdrängtem) Neid, insbesondere auf die „volle Identität“ (Isolde Charim), die *Moslems* attestiert wird. Der ehemalige *Identitären*-Kader Markus Willinger räumte

etwa 2013 ein, dass ihn und seinesgleichen „streng religiöse Menschen und Kulturen [faszinieren]. Denn wir ahnen, dass sie etwas besitzen, was uns fehlt. Ein tiefes, inneres Gefühl, geborgen und behütet zu sein. Eine klare Gewissheit, was richtig und was falsch ist.“ Dem Islamneid frönte auch der rechtsextreme Massenmörder Anders Breivik, der seine Gemeinschaftssehnsüchte, seinen Wunsch nach einem erstarkten Patriarchat und nach repressiven Familienstrukturen ebenfalls auf *Moslems* projizierte. In seinem Manifest führt er den von ihm gefürchteten Untergang des Abendlandes vor allem auf die *zersetzende* Wirkung der Aufklärung zurück. Der Verlust der religiösen Gewissheiten hätte auch die Bereitschaft der „Europäer“ zum generativen Fortbestand gemindert. Europa sei aber nicht nur aufgrund seiner Kinderarmut verloren, sondern auch und vor allem wegen seiner „säkularisierten Kultur“ mit ihrer Diesseitsorientierung, welche dazu führe, dass niemand mehr bereit sei, für höhere Ziele oder das *Ganze* zu sterben. Darum würden sich die *ungläubigen* Europäer eher unterordnen, als für ihre Freiheit kämpfen. Breivik macht konsequenterweise nicht den Islam oder die *Moslems*, sondern Säkularismus, Liberalismus und Multikulturalismus für die – in seinen Augen – missliche Lage Europas verantwortlich. Die glaubensfesteren *Moslems* sind ihm weniger Feind- als Vorbild.

Beiden Extremismen gemeinsam ist ein spezifisches Verständnis von *Identität*, welches diese nur als kollektive gelten lässt, absolut setzt und immer als bedroht sieht. Sie teilen auch den Vorrang der *Gemeinschaft* gegenüber dem Individuum: Im mehrheitsgesellschaftlichen Rechtsextremismus ist es die *Volks-gemeinschaft*, im islamistischen die Gemeinschaft der (wahren) *Gläubigen*, der sich die Einzelnen voll und ganz unterzuordnen, ja für sie sich zu opfern haben. Dieses harmonisierende Denken in festen Gruppen ist nicht mit den Menschenrechten

vereinbar, da diese das Individuum und seine persönlichen Freiheitsrechte zum Bezugspunkt haben. Und es braucht zu seinem Funktionieren die *Gemeinschaftsfremden* und *Ungläubigen* – all jene, auf welche die verdrängten inneren Konflikte und Wünsche projiziert werden können. Diese mit Feindseligkeit ausgestatteten *Fremden* bedrohen dann die *Gemeinschaft* von außen. Schließlich halten sich Rechtsextreme aller Schattierungen an starre Normen und verfolgen all diejenigen, die ihnen (vermeintlich) nicht entsprechen (wollen) mit Verachtung, Spott und Hass. Dies gilt auch und vor allem für dualistische und als *natürlich* oder *gottgewollt* präsentierte Geschlechternormen und äußert sich im Falle von deren Nichtentsprechung in Antifeminismus, Inter-, Trans-, Queer- und Homosexuellenfeindlichkeit.

Brücke in den Mainstream

Entsprechend dieser Gemeinsamkeiten war die antimuslimische Modifikation des Rassismus im Rechtsextremismus anfänglich umstritten. Neonazis begannen angesichts dieses Bruches mit pro-islamistischen Traditionen zu murren und hinter der nun einsetzenden antimuslimischen Hetze gar „zionistische Interessen“ am Werk zu sehen. Mit den provokanten Angriffen auf „den Islam“ werde „den Juden in die Hände“ gespielt, hieß es etwa in einem Neonazi-Forum, nachdem die steirische FPÖ-Spitzenpolitikerin Susanne Winter Anfang 2008 den Religionsgründer Mohammed mit sexuellem Kindesmissbrauch in Zusammenhang gebracht hatte. Aber weil die Übernahme des antimuslimischen Feindbildes vor allem strategisch motiviert war, verstummte die Kritik bald wieder. Selbst dem dumpfsten Neonazi begann es langsam zu dämmern, dass sich das als „Kritik“ ausgehende und massenmedial verstärkte Ressentiment gegen *Moslems* wie kaum ein anderes Motiv zur Brücke in den Mainstream eignet.

Zwar wurde bereits 1997 ein „Christentum, das seine Werte verteidigt“ im FPÖ-Programm festgeschrieben, aber zunächst blieb die antimuslimische Agitation verhalten, abgesehen von einer Kampagne gegen das Schächten und das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Gebäuden. Daran änderte auch der islamistische Terror ab 2001 zunächst nicht viel. Ganz im Gegenteil: Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September überwog im freiheitlichen Schrifttum die antiamerikanische Schadenfreude, wobei der dahinterliegende Antisemitismus immer offener hervortrat. Die antimuslimischen Kampagnen wurden erst 2004 nach den Terroranschlägen von Madrid und dem islamistisch motivierten Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh gestartet.

Mit dem Feindbild *Moslem* hat die FPÖ ihre anderen Feindbilder (z. B. „Asylbetrüger“) aber nicht ersetzt, sondern ihrem (kulturalistischen) Rassismus eine antimuslimische Variante beigelegt. Auf dem neuen Ticket ist es möglich, zwischen *guten* (christlichen oder integrierten) und *bösen* (muslimischen oder integrationsunfähigen und -unwilligen) MigrantInnen zu unterscheiden, wobei letztere weitgehend mit *den Türken* identifiziert werden: „Wir haben kein Ausländerproblem, sondern ein Türkenproblem“, so Heinz-Christian Strache 2009.

Rechtsextremismus ohne Antisemitismus?

Die Tatsache, dass antisemitische Einstellungen unter Menschen, die sich als muslimisch verstehen, deutlich verbreiteter sind als in der mehrheitsösterreichischen Vergleichsgruppe, wird (nicht nur) von rechtsextremer Seite instrumentalisiert – als Generalverdacht gegen *Moslems*. Die FPÖ lügt mit der Wahrheit: Sie verleugnet den eigenen Antisemitismus und projiziert ihn auf die Anderen. Auch die öffentlichen Distanzierungen der FPÖ-Spitze vom Antisemitismus seit 2015 sind wertlos,

da sie einhergingen mit anhaltender Verleugnung. So soll etwa die berüchtigte Karikatur eines als Juden gezeichneten gierigen Kapitalisten, die Parteiobmann Heinz-Christian Strache 2012 postete, nicht antisemitisch gewesen sein.

Die Annahme, die FPÖ hätte das Feindbild *Jude* durch das Feindbild *Moslem* ersetzt, kommt der freiheitlichen Selbstdarstellung als nicht-antisemitische Partei (unfreiwillig) entgegen. Sie ist aber auch falsch: Die 2004 voll einsetzende antimuslimische Agitation verdrängte den Antisemitismus nicht, vielmehr setzte sie sich gewissermaßen auf ihn drauf. Bei allen Unterschieden von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus bestehen Ähnlichkeiten und innere Verbindungslinien. Der aktuelle Erfolg des Letzteren lässt sich zudem nicht verstehen ohne die historische Wirkmacht des Ersteren.

Im freiheitlichen Antimuslimismus setzen sich also antisemitische Traditionen fort, Kontinuität besteht vor allem in der Gegensatzpaarbildung *Wir (Christen, Europäer)* gegen *die (Moslems)*, wobei die Eigengruppe projektiv als Opfer der Fremdgruppe aufgefasst wird. Aus Menschen mit anderer Religion werden (kulturelle) *Fremde* und im nächsten Schritt Feinde, denen die Weltbeherrschung und der Hass auf das Christentum religiös vorgeschrieben sei. Dieser Mythos ist so alt wie das Christentum und darum schlägt er insbesondere bei seinen wehrhaftesten Verteidigern immer wieder durch.

Wie die antimuslimischen Ressentiments an antisemitische Traditionen anknüpfen, zeigte sich schon in der Kampagne gegen das Schächten, mit welcher implizit antijüdische Blutphantasien fortgeschrieben wurden. Auch die FPÖ-Forderungen, das Religionsbekenntnis wieder im Reisepass zu vermerken und religiöse Zeremonien nur auf Deutsch abhalten zu dürfen, verweist auf diese Verwandtschaft. Gleiches gilt für die Unterstellung oder den Generalver-

dacht, *Moslems* würden sich nicht loyal verhalten und stattdessen einen „Staat im Staat“ („Parallel-“ oder „Gegengesellschaft“) aufbauen.

Aber bei allen Parallelen: Nur auf einer sehr allgemeinen Ebene und in einer Forschung, die Antisemitismus und Rassismus als bloßes Vorurteil verkennt, verdecken die Ähnlichkeiten die Unterschiede. Letztere sind jedoch zentral: Während die rassistischen Objekte unten, gegenwärtig gerne im finsternen Mittelalter und manchmal gar noch in der *Natur* verortet werden, handelt es sich bei den antisemitischen Objekten um verfolgende. *Dem Juden* kommt seit dem über Jahrhunderte behaupteten *Gottesmord* jene unheimliche Macht zu, gegen die die Antisemit:innen ihren autoritären Scheinaufstand richten. *Der Jude* stellt den *nahen* (unheimlichen) *Anderen* der (säkularisierten) christlichen Kultur dar, *der Moslem* ihren *fremden Anderen*. Im Antisemitismus besteht eine genaue Vorstellung von der Schlechtigkeit des Judentums, und die einzelnen Jüdinnen und Juden werden (deduktiv) in diese Vorstellungswelt gepresst, während der Rassismus genau umgekehrt (induktiv) vorgeht: Er verallgemeinert, schließt vom Einzelnen oder von mehreren auf alle *Moslems*.

Schließlich und vor allem kennt der antimuslimische Rassismus die den Antisemitismus kennzeichnende „doppelte Unterscheidung“ (Klaus Holz) nicht, wonach Jüdinnen und Juden einerseits als *gemeinschaftsfremde* Gruppe, andererseits mit der *Gemeinschaft zersetzenden* Moderne und deren Sozialmodell *Gesellschaft* identifiziert werden. ▬

Andreas Peham, Rechtsextremismus- und Antisemitismusforscher, arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) in Wien. Er ist Gründungsmitglied der *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (FIPU) und in der Politischen Bildung für Erwachsene und Jugendliche tätig. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt *Kritik des Antisemitismus* (Schmetterling Verlag 2022).

Antisemitismus als weltanschaulicher Kitt

Spätestens seit dem Angriff der Hamas auf Israel, dem furchtbaren Massaker vom 7. Oktober 2023, und dem daraufhin weltweit steigenden Antisemitismus ist öffentlich bekannt, was die Forschung schon lange zeigt: Antisemitismus ist kein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten.

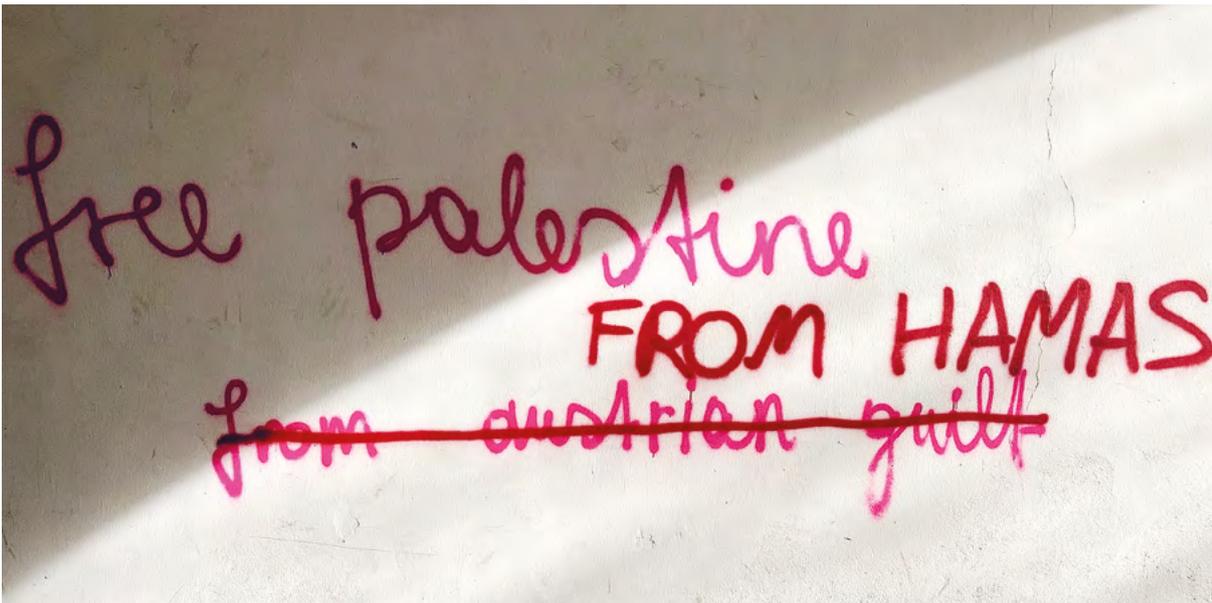
Sowohl der politische Islam als auch die von vielen Linken getragene Verharmlosung des Terrors bis zu antiisraelischen Kampagnen in den sozialen Medien müssen unabhängig des politischen oder kulturellen Kontextes in den Blick der Antisemitismuskritik genommen werden. Von Fake News und Weltverschwörungsfantasien während der Covid-Pandemie bis zu Israelhass: Antisemitismus ist wandelbar und entlädt sich an immer wieder aktualisierten Anlässen und Themen, mitunter implizit und in Anspielungen verpackt. Auch wenn Antisemitismus verdeckt geäußert wird, erfüllt er die gleichen Bedürfnisse eines simplifizierenden Weltbildes, das zur Erklärung allen Übels und zur Abwehr von (historischer) Schuld dient. Das macht ihn über die politischen Spektren hinweg anschlussfähig.

Coronaleugnung und Verschwörungsdenken

Linke und rechte Anhänger:innen von Antisemitismus vereinen sich nicht nur ideologisch, sondern auch in personellen Zusammenschlüssen und auf Versammlungen. Das zeigte sich eindrücklich während der Covid-Pandemie: Nicht nur Rechtsextreme, auch vermeintlich unpolitische und linksalternative Anhänger:innen von Naturheilkunde und Esoterik trafen sich und protestierten gemeinsam gegen die „Corona-Diktatur“. Die Verharmlosung der NS-Verbrechen, die Verhöhnung der Opfer der Shoah durch das Tragen gelber Sterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ oder „Coronajude“ bis zu verschwörungsmythischen Erklärungen, der Virus sei eine „Plandemie“ – der Antisemitismus war unübersehbar.

Dennoch teilten tausende Menschen auf Online- und Straßenprotesten die Vorstellung, dass eine kleine elitäre (jüdische) Gruppe hinter der Krankheit und hinter allem Übel stünde.

Auffällig ist das esoterische Milieu, das die („verjudete“) „Schulmedizin“ ablehnt. Der Begriff stammt aus der Naturheilkunde des 19. Jahrhunderts. Die Nationalsozialisten griffen ihn auf und füllten ihn mit antisemitischen Inhalten. Die zuweilen esoterische Sicht auf Medizin und Körper hat gewisse Parallelen zur nationalsozialistischen Vorstellung eines natürlichen, durch Kraft des „deutschen Blutes“ gekennzeichneten „Volkskörpers“. Der Kampf gegen die Werte der Aufklärung eint Hippies, Anthroposophie- und Homöopathie-Anhänger:innen, aber auch Vertreter:innen des christlichen



Antisemitisches Schuldabwehr-Graffiti am Campus der Universität Wien, Ende Oktober 2023 | Foto: Isolde Vogel

Fundamentalismus und Islamismus – und er knüpft an völkische und nationalsozialistische Vorstellungen und verschwörungsmythischen Antisemitismus an.

Ein Blick in die Geschichte der völkischen Impfgegnerschaft im 19. und 20. Jahrhundert sowie die Impfablehnung zentraler Vertreter des Nationalsozialismus verdeutlichen die Verbindungen auf ideologischer Ebene von der „Volksheilkunde“ zur heutigen Naturheilkunde und esoterischen „Impfkritik“. Es ist der sozialdarwinistische Glaube an eine natürliche Ordnung und an das Recht des Stärkeren; an Abhärtung durch Krankheit und daran, dass wer an den Krankheiten stirbt, sowieso gestorben wäre oder einfach zu schwach gewesen sei. Es ist der anti-aufklärerische Glaube daran, dass es ein naturgegebenes Schicksal gäbe, das nicht beeinflusst werden könne, und der Glaube an die Existenz höherer Mächte. Dieses Denken umfasst einen Reinheitswahn, die Angst vor Veränderung des „deutschen Bluts“ durch eine Impfung. Es beinhaltet die in der NS-Ideologie verankerte Überzeugung, dass Abstammung, „reines Blut“ und „Rasse“ höchste Bedeutung haben – auch wenn viele heutige Impfgegner:innen diese Zusammenhänge nicht kennen.

Impfgegnerschaft und Krankheitsleugnung ist reaktionärer Widerstand gegen die Werte der Aufklärung, damals von Nationalsozialisten, heute von Rechtsextremen bis Anhänger:innen von Esoterik und Anthroposophie. Antisemitische Verschwörungsfantasien sind auch zentrales Element des islamistischen Weltbildes, wie sich von den pro-iranischen Houthi-Milizen im Jemen bis zu den Taliban in Afghanistan zeigt, die Impfungen als westlich-jüdisches Gift ablehnen.

Dass während der Covid-Pandemie die Zahlen der gemeldeten antisemitischen Vorfälle in Österreich massiv anstiegen, überrascht also nicht besonders. Nicht zuletzt dieser Anstieg beweist: Impfgegnerschaft und Coronaleugnung sind selten harmlose Motive, vielmehr geben sie Anlass und Vorwand für antisemitische Äußerungen. Ob bewusst oder unbewusst, implizit oder explizit geäußert und egal, wie er „gemeint“ ist – Antisemitismus stellt eine reale Bedrohung für Jüdinnen und Juden dar.

Wandelbare Welterklärung

Jüdinnen und Juden werden in der gesamten Welt seit Jahrhunderten entrechtet, verfolgt, vertrieben und ermordet. Der eliminatorische

Antisemitismus des Nationalsozialismus war die ungeheure Steigerung und der negative Höhepunkt. Er bedeutete auch die nachhaltige und massenhaft anschlussfähige Verbreitung der Fantasie einer „jüdischen Weltverschwörung“. Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel erklärt den Antisemitismus zum negativen Kulturgut Europas, auch nach dem Ende des Nationalsozialismus. Nach 1945 wurde dieser zwar durch Verbotsgesetz und Verhetzungsparagraf öffentlich verboten – die erzwungene Abkehr vom Nationalsozialismus sorgte aber auch dafür, dass die in weiten Teilen der Gesellschaft erhalten gebliebene antisemitische Grundhaltung seither anders zutage tritt. Antisemitische Vorwürfe werden nun vermehrt implizit und modernisiert, in neuen Begriffen oder über thematische Umwege scheinbar legitimiert kommuniziert. Viele antisemitische Äußerungen richten sich dann nicht offen und explizit gegen Jüdinnen und Juden. Antisemitismus zeichnet sich also durch eine extreme Wandelbarkeit aus, die flexibel als Erklärung aktueller Themen und stetig angepasster Anlässe durch die Projektion allen Übels auf (ob offen oder verdeckt) Jüdinnen und Juden dient. Zugleich bleibt die antisemitische Denkweise gleich. Paul Lendvai beschrieb

diesen aktualisierten Judenhass als einen „Antisemitismus ohne Juden“. Nach 1945 war zwar der Großteil aller Jüdinnen und Juden Europas dem Vernichtungsantisemitismus des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen, aber weder diese Abwesenheit noch die Modernisierung der Äußerungsformen von Antisemitismus bedeutet automatisch eine zunehmende Tabuisierung – und vor allem keine Reduktion der Verbreitung antisemitischen Denkens. Zuletzt, im Zuge der antiisraelischen Mobilisierungen im Netz und auf der Straße, ist das Gegenteil zu beobachten: die Hemmschwelle, sowohl expliziten als auch impliziten Antisemitismus zu äußern, sinkt.

Israelfeindliche Allianzen

Auch die jüngste Welle antisemitischer Vorfälle wird nicht allein durch rechte Akteure getragen. Israelbezogener und antizionistischer Antisemitismus ist quer durch alle politischen Spektren salonfähig. Der Staat Israel dient seit seiner Gründung – wie zuvor der Zionismus allgemein – als Vorschub und Umwegkommunikation von Antisemitismus – und der aktuelle Gazakrieg als Projektionsfläche. „Israel“ oder „die Zionisten“ sind darin austauschbare Paraphrasen, gemeint sind „die Juden“.

Das Zusammenspiel linker und rechter Argumentationsweisen im israelbezogenen Antisemitismus zeigt sich kaum deutlicher als in der Abwehr von Schuld. In dem am Wiener Universitätscampus ausbuchstabierten Versuch der Schuldabwehr „free palestine from austrian guilt“ wird nicht nur der Wunsch nach Tilgung historischer Schuld und Verantwortung an nationalsozialistischen Verbrechen geäußert und damit der aus der rechten Ecke stammende Vorwurf des „Schuldkults“ bedient. Diese Darstellung knüpft auch an die verschwörungsmythische Idee an, Israelis (also „die Juden“) würden aus dem Holocaust Nutzen ziehen, hätten die Welt und Medien unter Kontrolle, seien unantastbar und profitierten von an ihnen verübten Verbrechen.

Vorschub für diesen, auch von linken Gruppierungen kommenden Antisemitismus leistet ein Schwarz-Weiß-Denken, ein Weltbild, das nur Gut oder Böse kennt und aus undifferenzierter Solidarität mit den als unterdrückt wahrgenommenen, vermeintlich Schwachen, den „Guten“ besteht. Sich selbst in vermeintlicher Notwehr gegen eine imaginierte jüdische Übermacht zu begreifen, ist ein zentrales Element des antisemitischen Denkens. Das kann sich in der Romantisierung von palästinensischem Aktivismus bis hin zur Befürwortung von Terror als „Widerstand“ ausdrücken. Die Gegenseite wird zum absolut Bösen, Israel zum dämonischen, undemokratischen Unterdrücker- und Kolonialstaat erklärt oder eine geschichtsrevisionistische Gleichsetzung von Zionismus mit Nazismus bedient. Durch Anschuldigungen wie „Kindermörder Israel“ wird auch direkt an althergebrachte judenfeindliche Mythen vom Ritualmord angeknüpft.

Das schließt an antisemitische Ressentiments an, die Jüdinnen und Juden als „wurzellos“, „zersetzend“ und von internationalem Charakter beschreiben, deren Nation dann in dieser Denklogik „künstlich“ sei – während Palästinenser:innen als „natürliches Volk“ mehr Berechtigung hätten. Solche inhärent völkischen Argumentationsweisen werden von links selbstverleugnend, ohne ein Zugeständnis zur judenfeindlichen Einstellung vorgebracht. Bernd Marin beschrieb das als einen „Antisemitismus ohne Antisemiten“; Jean Améry nannte diesen spezifisch von links vorgebrachten, selbstverleugneten und antizionistischen Judenhass einen „ehrbaren Antisemitismus“.

Ideologischer Kitt

Antisemitismus findet sich in allen Teilen der Gesellschaft. Auch wenn Judenhass medial und im kollektiven Bewusstsein meist im Nationalsozialismus und politisch in der extremen Rechten verortet wird, ist er kein Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus.

Im Antisemitismus wird alles Übel der Welt mit dem angeblichen Wirken von Jüdinnen und Juden erklärt. „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, schrieb Theodor W. Adorno. Antisemitische Anschuldigungen entspringen nicht der Realität. Die Essenz antisemitischen Denkens ist das Mysterium, die Vorstellung der im Geheimen agierenden Jüdinnen und Juden, die durch versteckte Andeutungen und Hinweise transportiert wird. Antisemitische Vorwürfe beruhen auf der Ablehnung von allem Unverstandenen und Abstrakten der Welt und erfüllen das Bedürfnis, einfache Erklärungen für komplexe Probleme zu finden. Zentrales Element ist die Vorstellung einer unglaublichen Übermächtigkeit von Jüdinnen und Juden, die sich im Glauben an eine „jüdische Weltverschwörung“ zeigt. Diese unfassbare Macht, die Jüdinnen und Juden im Antisemitismus zugeschrieben wird, beruht auf Projektion – und erfährt gerade in Zeiten des eigenen Kontrollverlusts Zuwachs, denn antisemitische Erklärungen geben den Menschen ein Gefühl von Macht und Kontrolle zurück. Die Herausforderung, die Welt in ihren Ambivalenzen und Widersprüchen aushalten zu müssen und nie vollends begreifen zu können – sei es eine Pandemie, seien es internationale Konflikte –, wird abgelehnt und mit dem angeblichen Wirken von Jüdinnen und Juden erklärt.

Antisemit:innen glauben sich gegen eine im Verborgenen agierende Übermacht zu wehren. Diesen Gedanken des Widerstands teilen sich islamistische Terroristen mit rechten Antisemiten und antizionistischen Linken, die zuweilen selbst der Überzeugung sind, nicht antisemitisch zu denken. In diesem welterklärenden Charakter ist Antisemitismus immer verschwörungsmythisch und dient als weltanschaulicher Kitt über die politischen Spektren hinweg. —

Isolde Vogel ist Historikerin und Antisemitismusforscherin und am *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) im Arbeitsbereich Rechtsextremismus tätig.

Einmal Nazi, immer Nazi?

Wie kann Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichheit die Grundlage entzogen werden? Ein Überblick über die verschiedenen Ansätze der Präventionsarbeit.

Im Mai 2023 berichtete *Die Zeit* über eine neue Entwicklung im Zusammenhang mit der 1998 bis 2011 existierenden rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU): Beate Zschäpe wolle aussteigen. Wie kommt es? Das NSU-Mitglied Zschäpe sitzt seit 2011 in Haft und eine Entlassung steht nicht in Aussicht. Voraussetzung für eine solche bedingte Entlassung auf Bewährung wäre die Teilnahme an einem Aussteiger:innenprogramm. Daher weht also der Wind. Im September 2023 lehnte das Aussteiger:innenprogramm Sachsen ihren Antrag allerdings mit der Begründung ab, dass es noch zu früh dafür sei. Die Frage, wann ein guter Zeitpunkt für einen Ausstieg wäre, wirkt hier allenfalls zynisch, denn Zschäpe will immer noch keine relevanten Aussagen zu den NSU-Morden machen. Abgesehen von diesem absurden Fall sind Ausstiege aus der rechten Szene – mit allen Konsequenzen – allerdings ein wichtiger Part der Präventionsarbeit.

Wie verbreitet Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ist, zeigt ein Blick auf die Einstellungsforschung. In der SINUS-Studie, die 1980 in der BRD durchgeführt wurde,

zeigten 13 Prozent der Befragten ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“. Über 40 Jahre später sieht die Situation nicht besser aus. Die Ergebnisse der Universität Leipzig und der „Mitte-Studie“ der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung verdeutlichen, dass durchschnittlich zehn bis 15 Prozent der Deutschen rechtsextreme Einstellungen vertreten. Auch wenn diese Gruppe nicht allen Fragen zustimmt, sondern teils nur einzelnen Aspekten wie Chauvinismus, Sozialdarwinismus, der Befürwortung einer Diktatur, der Verharmlosung des Nationalsozialismus oder Antisemitismus und Rassismus. Im Jahr 2022 kam das Forschungsinstitut SORA in einer Studie für Österreich zu dem Ergebnis, dass die manifesten rechtsextremen Einstellungen zwar „nur“ bei zwei Prozent der Bevölkerung liegen, aber rund ein Viertel der Menschen in Österreich für einzelne rechtsextreme Aspekte empfänglich sind.

Es wird also deutlich, dass wir ein massives Problem mit Rechtsextremismus haben. Was dagegen getan werden kann, bringt die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung auf den Punkt: „Unter primärer Prävention wird also das Verhindern

problematischer Handlungsweisen im Vorfeld verstanden. Gelegentlich wird hierbei auch von universeller Prävention gesprochen. Das Ziel sekundärer Prävention hingegen ist es, eine Verstärkung bereits bestehender problematischer Einstellungen und Handlungsweisen zu verhindern, während in der tertiären Prävention auf bereits manifeste Handlungen reagiert wird.“^[1]

Zivilcourage fördern

Die Primärprävention will dem Rechtsextremismus quasi den Nährboden entziehen. Dazu finden Workshops oder Thementage in Schulen und Berufsschulen statt, wo Rechtsextremismus und andere Ideologien der Ungleichheit behandelt werden. In Österreich leistet eine Vielzahl nicht-staatlicher Träger politische Bildungsarbeit. Dazu zählen beispielsweise ZARA und queerconnexion oder das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Der Ablauf solcher Workshops ist meist ähnlich. Nach dem gemeinsamen Austausch über Erfahrungen mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen werden zunächst die eigenen Vorurteile reflektiert, um im Anschluss über Möglichkeiten für

^[1] www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/542889/primaerpraevention-im-kontext-rechtsextremismus



Zivilcourage zu sprechen. Neben der Sensibilisierung steht also Empowerment im Fokus politischer Bildung. Dazu schreibt das NDC: „Es geht uns nicht darum, handfeste Nazis zu bekehren. Wir fordern Zivilcourage jeder einzelnen Person heraus: Nur wer selbst aktiv wird, kann etwas verändern. Wir stärken soziale Kompetenzen wie Empathiefähigkeit und Solidarität, gerade mit Betroffenen von rechter Gewalt und bei Diskriminierung.“^[2]

Außerdem geht es in der Primärprävention darum, die Zusammenhänge zwischen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Sozialdarwinismus zu erkennen. Politische Bildungsarbeit arbeitet dabei viel mit Selbstreflexion, also der Reflexion der eigenen Rolle in den gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Auseinandersetzung mit Vorurteilen soll zur Einsicht führen, dass wir in einer rassistischen und sexistischen Gesellschaft leben. Diesem Problem versucht das NDC durch Einsatz von Multiplikator:innen zu begegnen. Speziell geschulte junge

Menschen geben also Workshops für ihre Altergenoss:innen. Gleichzeitig bietet sich Jugendlichen und jungen Erwachsenen so die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden und Zivilcourage zu zeigen. Für politische Bildner:innen ist es aber immer ein Balanceakt, einen Raum aufzumachen, in dem über Rassismus gesprochen werden kann, ohne ihn zu reproduzieren.

Haltung zeigen

Mit diesem Balanceakt hat auch die Sekundärprävention zu kämpfen. Gefragt sind in diesem Feld häufig Sozialarbeiter:innen, welche die Ausbreitung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen verhindern sollen. Grundsätzlich ist Soziale Arbeit für solche Aufgaben prädestiniert, da hier eine Kommunikation auf Augenhöhe und der Respekt für das Individuum zentral sind. Wenn von Sekundärprävention gesprochen wird, dann meist im Zusammenhang mit der offenen Jugendarbeit. Diese findet in Jugendzentren statt, aber auch in Parks oder auf Plätzen. Das Grundprinzip der offenen Jugend-

arbeit ist der niederschwellige und freiwillige Zugang zu ihren Angeboten. Dass hier im Gegensatz zur Schule kein Zwang zum Lernen herrscht, macht es für viele leichter, die Angebote anzunehmen. Grundsätzlich sind Jugendliche mit eher rechtsextremen Einstellungen Zielgruppe der offenen Jugendarbeit.

Die soziale Arbeit mit tendenziell rechtsextremen Jugendlichen erntet aber nicht nur Beifall. Die Kritik an Maßnahmen der Sekundärprävention speist sich vor allem aus der negativen Erfahrung mit akzeptierender Sozialarbeit in der ehemaligen DDR. Eine Polemik, die in dem Zusammenhang immer wieder aufkommt, unterstellt den Sozialarbeiter:innen, „Glatzenpflege auf Staatskosten“ zu betreiben. Ein wichtiges Learning aus den 1990er Jahren betrifft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sekundärprävention von Rechtsextremismus. Ein ganz zentraler Punkt ist die Qualifikation der Sozialarbeiter:innen selbst. Sie müssen eine genaue Vorstellung davon haben, was auf sie zukommt und wie sie dem begegnen können.

^[2] www.netzwerk-courage.de/ueber-uns

Das betont auch das bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA): „Eine akzeptierende Haltung gegenüber Jugendlichen einzunehmen bedeutet nicht, keine eigene politische Position zu haben. Ganz im Gegenteil ist es im Kontext von Extremismus sogar essentiell, diese zu bilden und auch zu vertreten.“ Damit einher geht auch der bereits angesprochene Balanceakt: Es soll eine Beziehung und ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen aufgebaut werden und sie sollen parallel mit ihren rechtsextremen Einstellungen konfrontiert werden. Diese Grenzziehung zwischen Person und Position nachvollziehbar zu begründen und konsequent durchzusetzen, ist eine der größten Herausforderungen für Menschen, die mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten.

Wie kann ein Ausstieg gelingen?

Die Frage, wie ein Ausstieg aus der rechten Szene gelingen kann, ist *die* Frage im Umgang mit Rechtsextremismus. Die sogenannte Tertiärprävention ist strenggenommen keine Prävention mehr, weil es nicht darum geht, eine Annäherung an den Rechtsextremismus zu verhindern, sondern den Rückzug aus der rechtsextremen Ideologie und dem entsprechenden Umfeld zu ermöglichen.

In dem Feld arbeiten neben zivilgesellschaftlichen Trägern auch staatliche Träger, zum Beispiel der Verfassungsschutz, Polizei- und Justizbehörden oder Ministerien. Allerdings gilt es zu bedenken, dass die Hemmschwelle für Rechtsextreme, mit dem Verfassungsschutz oder anderen Staatsorganen zu kooperieren, viel höher ist als mit einem zivilgesellschaftlichen Träger. In Österreich gibt es seit fast zehn Jahren die Beratungsstelle Extremismus, die potentiellen Aussteiger:innen dabei hilft, ihre Ideologie zu überwinden und neue Perspektiven im Leben zu finden.^[3] Daneben sind rechtliche Fragen und Fragen der Sicherheit virulent, also Umzüge, Namensände-



rungen oder Aussagen bei der Polizei. Sobald das rechtsextreme Umfeld einmal verlassen wurde, beginnt der lange und zähe Ausstieg aus der rechtsextremen Ideologie.

Prinzipiell ist ein Ausstieg als positiv zu bewerten, immerhin unterstützen Aussteiger:innenprogramme Menschen, die nicht mehr Täter sein wollen. Viele antifaschistische Organisationen sind dennoch skeptisch. Im Kern dreht sich die Kritik um die Frage, wann ein Ausstieg als gelungen bezeichnet werden kann. Das *Antifainfoblatt* hält diesbezüglich einige Kriterien fest: „Ein Ausstieg bedeutet also, einen langen und schwierigen Prozess einer ideologischen Entwicklung durchzumachen, an dessen Ende nur die Konsequenz bleibt, sich selbstverständlich und konsequent gegen seine ehemaligen ‚Kameraden‘ zu stellen. Hierzu zählt auch, offen Position gegen die extreme Rechte zu beziehen, eine Auseinandersetzung über begangene Taten zu suchen und Wissen über die Neonazi-Szene antifaschistischen Initiativen zur Verfügung zu stellen.“^[4]

Insgesamt ist Präventionsarbeit eine ebenso wichtige wie nervenzehrende Tätigkeit. Politische Bildner:innen und Sozialarbeiter:innen geraten dabei nicht selten an ihre persönlichen Grenzen. Gleichzeitig ist sie eine Tätigkeit mit dem klaren Ziel, Rechtsextremismus auf allen Ebenen entgegenzutreten. Das Ansuchen Beate Zschäpes, in ein Aussteiger:innenprogramm aufgenommen zu werden, tendiert dazu, diese wichtige Arbeit zu diskreditieren. Denn solange sie kein umfassendes Geständnis ablegt und sich nicht aktiv an der Aufklärung des rechten Terrors beteiligt, wirkt ihr Ansuchen unglaubwürdig. Der Fall zeigt, wie wichtig es ist, dass Präventionsarbeit sich nicht als Feigenblatt für die justizielle Aufarbeitung von rechtem Terror oder Gewalt hergibt. Letztlich braucht Rechtsextremismus-Prävention einen langen Atem und vor allem eine stabile Förderung durch die Politik und darf nicht als „Feuerwehr“ in brenzligen Situationen missbraucht werden.

^[3] www.beratungsstelleextremismus.at

^[4] www.antifainfoblatt.de/aib74/aussteiger-rueckzieher-aufhoerer-austreter (Stand: 7. 3. 2023)

Philipp Moritz ist Zeithistoriker und Teil des Redaktionskollektivs von MALMOE. Er beschäftigt sich mit historischer Migrationsforschung und der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung.

Macht inmitten von Ohnmacht

Migrant*innen als Betroffene und Agierende des Rechtsextremismus

Das migrantisierte Subjekt, das sich in einer rechtsextremen Ideologie bewegt, stellt ein komplexes Gebilde im Hinblick auf intersektionale Verflechtungen dar. Rechtsextreme Migrantengruppen produzieren die Ideologien der Ungleichheit und sind zugleich Subjekte rechtlicher, diskursiver und rassistischer Ausgrenzungspraktiken.

Das migrantisierte Subjekt mit rechtsextremer Gesinnung ist in hegemonialen Diskursen und Praktiken per se der „Andere“ und selbst Zielscheibe – nicht nur, aber überwiegend – rechtsradikaler Gruppen. Dieses Gefühl der Ohnmacht verleitet es, seinen Machtanspruch in transnationale Räume zu verlagern – wie etwa in Vereine oder Verbände.

Angesichts dieser spezifischen Konstellation stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Definition des globalen Phänomens Rechtsextremismus. Dieser Frage werde ich im Folgenden am Beispiel der transnational vernetzten, rechtsextremen türkischen „Ülkücü-Bewegung“^[1] (dt. *Idealist*) nachgehen.

In ihrem Beitrag „Was ist Extremismus?“ befassen sich Andreas Peham und Thomas Schmidinger mit einer erweiterten Definition des Rechtsextremismus in postmigrantischen Gesellschaften.^[2] Dabei versuchen die Autoren, den Rechtsextremismusbegriff des Historikers Willibald Holzer, der sich am klassischen, deutschnational ausgerichteten Rechtsextremismus orientiert, zu verallgemeinern, um andere Formen des politischen Extremismus aus anderen historisch-geografischen Kontexten sowie religiös begründete Extremismen in einer breiteren Definition zu erfassen.

Die Erweiterung des Rechtsextremismusbegriffs ist in diesem Sinne ein wichtiger Schritt, um

Radikalisierungen als solche zu erkennen und rechtzeitig zu intervenieren. Aus meiner Sicht bedarf es jedoch für migrantischen Rechtsextremismus einer präziseren Definition, die nicht nur die inhaltlichen und ideologischen Gemeinsamkeiten, sondern auch die strukturellen und institutionellen Unterschiede aufzeigt, ohne gesellschaftliche Kontexte außer acht zu lassen. Damit meine ich nicht die Rassismuserfahrungen, die Migrant*innen sowohl institutionell als auch im Alltag machen. Diese Erfahrungen sind sicher ein relevanter Faktor für den Zulauf zu rechtsextremen Vereinen. Der Aspekt, den ich besonders hervorheben möchte, ist der Unterschied zwischen dem migrantischen und nicht-migrantischen Rechtsextremismus, der sich in der Verfügungsgewalt über Machtapparate sowie der Ein- und Ausschließung in öffentlichen Diskursen zeigt.

^[1] Im deutschsprachigen Raum als „Graue Wölfe“ bekannt.

^[2] Thomas Schmidinger / Andreas Peham: Was ist Extremismus? Versuch einer phänomenübergreifenden Definition. In: *Delogiert und ghettoisiert – Jahrbuch des DÖW 2022*. Hrsg. v. Christine Schindler und Wolfgang Schellenbacher im Auftrag des DÖW, Wien 2022, S. 347–353.

Die „Ülkücü-Bewegung“, seit den 1970er Jahren stark transnational institutionalisiert, ist nicht nur in europäischen Ländern, sondern auch in Australien und den USA in Vereinen, Verbänden und Föderationen organisiert. Zur Benennung dieser Organisationen kursieren in der Literatur verschiedene Begriffe wie „Ultranationalisten“ oder „türkische Nationalisten“. Dieser unterschiedlichen Benennung liegt möglicherweise das Unbehagen zugrunde, das die Definition von Rechtsextremismus im Zusammenhang mit migrantisierten Gruppen hervorruft. Begriffe wie „türkeistämmiger Rechtsextremismus“ bzw. „türkeistämmige Rechtsextremisten“ – oder die jeweiligen Selbstbezeichnungen – sind meines Erachtens geeigneter, weil dadurch sowohl die Praktiken als auch die Ideologien berücksichtigt werden.

In Österreich agieren zwei Organisationen, die der Ideologie der „Grauen Wölfe“ zuzuordnen sind. Der Verein „Dachorganisation türkischer Kultur- und Sportgemeinschaften in Österreich“, bekannt als „Avusturya Türk Federasyonu“ (ATF), sowie die „Avusturya Türk Birliği“ (ATB), bekannt auch unter dem Namen „Avusturya Nizam-i Alem“ (dt. *Weltordnung Österreich*). Während die ATF-Vereine der türkischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) nahestehen, sind die ATB-Vereine der BBP (Partei der Großen Einheit) verbunden.

Im Zuge des Militärputsches 1980 wurden in der Türkei zahlreiche Anhänger der „Ülkücü-Bewegung“ verhaftet. Die Worte einer prominenten Figur aus dem MHP-Kader vor Gericht bringt den Stellenwert dieser Partei in der türkischen Politik sehr gut zum Ausdruck: „Wir mögen im Gefängnis sitzen, aber unsere Ideen sind an der Macht.“ Genau diese Macht fehlt den Bewegungen in der Diaspora. Das Machtdefizit zeigt sich insbesondere in der Selbstpräsentation von Organisatio-

nen der „Ülkücü-Bewegung“. Diese verleugnen ihre Ideologie nach außen. Die türkisch-nationalistischen, extrem rechten Einstellungen sind in der Regel nur in Anwesenheit von Gleichgesinnten sichtbar. Diese Zurückhaltung zeigt sich in vielen unterschiedlichen Konflikten, dabei spielen auch Generationsunterschiede eine Rolle, was im Zuge der Ausschreitungen im Juni 2020 im Wiener Gemeindebezirk Favoriten zu beobachten war.^[3]

Nachdem eine Kundgebung gegen Gewalt an Frauen von Rechten angegriffen wurde, fanden die Aktivist*innen im Lokal eines linken Vereins Zuflucht. Als sich vor dem Lokal mehrheitlich junge Männer versammelten, eskalierte die Situation. Symbole und Parolen sowohl von türkeistämmigen Rechtsextremen als auch von islamistischen Bewegungen kamen zum Einsatz. Die Symbole der „Ülkücü-Bewegung“ waren allerdings in der Überzahl. Am nächsten Tag distanzierte sich der MHP-nahe Verein ATF offiziell von den Ereignissen. In zahlreichen TikTok-Videos waren ältere Männer zu sehen, wie sie versuchten, die Jugendlichen zu beruhigen und nach Hause zu schicken. Dies lässt sich als Generationenunterschied interpretieren – zwischen der älteren und der „postmigrantischen Generation“. Selbst keine Migrant*innen, aber im Besitz von Migrationserfahrungen als persönliches Wissen und tradiertes Gedächtnis, demonstrieren die letzteren auf diese Art ihre Wut.

Nach diesen Ereignissen kursierten in der Dominanzgesellschaft wieder einmal die gängigen, hegemonialen Narrative wie „fehlende Integration“, „Import von Konflikten“ oder „Ablehnung unserer Werte“. Die Unterstützung von Recep Tayyip Erdoğan und seiner Partei durch Türkeistämmige wird ebenfalls vorwiegend der fehlenden Integration angelastet. Migrant*innen werden nicht als Subjekte wahrgenommen,

die u. a. auch eine rechtsextreme Ansicht vertreten können, vielmehr wird ihnen eine politische Identität abgesprochen.

Die „postmigrantische Perspektive“ bietet eine gegenhegemoniale Alternative zu den alltäglichen, rassistischen und ethnisierenden Migrationsdiskursen. Migration als historische Normalität zu verstehen, Migrationsforschung als Gesellschaftsanalyse zu betreiben und die Perspektiven der postmigrantischen Generation in den Mittelpunkt zu stellen, bedeutet eine radikale Infragestellung des binären Denkens über Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen.

Die Einbeziehung der postmigrantischen Perspektive als analytisches Konzept ist in der Rechtsextremismusforschung, auch in deren kritischen Ansätzen, bisher nicht weit verbreitet. Dennoch bietet sie eine vielversprechende Möglichkeit, um die gegenwärtigen Prozesse mit ihren politischen Verstrickungen zu verstehen. Ein sehr wichtiger Beitrag der postmigrantischen Perspektive in der Rechtsextremismusforschung läge darin, die Rechtsextremisten in der Migrationsgesellschaft nicht als Sondererscheinungen zu betrachten, sondern stets mitzuberücksichtigen. Dafür ist es auch wichtig, Migrant*innen nicht nur als Objekte bzw. Betroffene von „autochthonem“ Rechtsextremismus bzw. Rassismus zu konstruieren, sondern auch als Subjekte, die in diesem Bereich agieren – wenn auch nicht mit denselben Machtstrukturen und mit anderen Ressourcen.

Evrin Ersan Akkılıç ist Soziologin und forscht zu Migration. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW) in Wien und unterrichtet am Institut für Islamisch-Theologische Studien der Universität Wien.

^[3] Bei dieser Kundgebung in Gedenken an drei ermordete kurdische Aktivistinnen in Rojava, Syrien, wurden rot-gelb-grüne Fahnen getragen – ähnlich den Fahnen der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê).

1399 Tage Terror

Die Brief- und Rohrbombenserie der 1990er Jahre

Am 3. Dezember 1993 begann die längste Terrorkampagne der Zweiten Republik: Ihr erster Sprengsatz detonierte im Pfarramt des oststeirischen Hartberg, nicht einmal eine Stunde später ein zweiter im ORF-Zentrum in Wien. Insgesamt umfasste diese erste Serie noch acht weitere Briefbomben, von denen sechs rechtzeitig erkannt wurden. Zwei blieben jedoch unentdeckt, eine davon verletzte den damals amtierenden Bürgermeister Wiens schwer.

Alle Bomben richteten sich gegen Menschen, die sich politisch, medial oder ganz allgemein für Minderheiten, Migranten oder Flüchtlinge eingesetzt hatten. Unter den angegriffenen Politikerinnen waren zwei Abgeordnete der Grünen und die erste Frauenministerin Österreichs, die – wie der Wiener Bürgermeister – der SPÖ angehörte. Beigefügt war allen Sprengfallen eine Bekennernotiz mit den Worten: „Wir wehren uns! Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg.“

Diese Bekennernotiz und das Profil der Opfer ließen darauf schließen, dass es sich um eine Terrorkampagne mit rechtsextremen Motiven handelte. Tatsächlich war die Stimmung damals in Österreich – in einer gewissen Parallele zu unserer Gegenwart – polarisiert: Das Ende des Kalten Krieges, das Verschwinden des „Eisernen Vorhangs“ sowie der Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien hatten zu großen Migrations- und Fluchtbewegungen in und

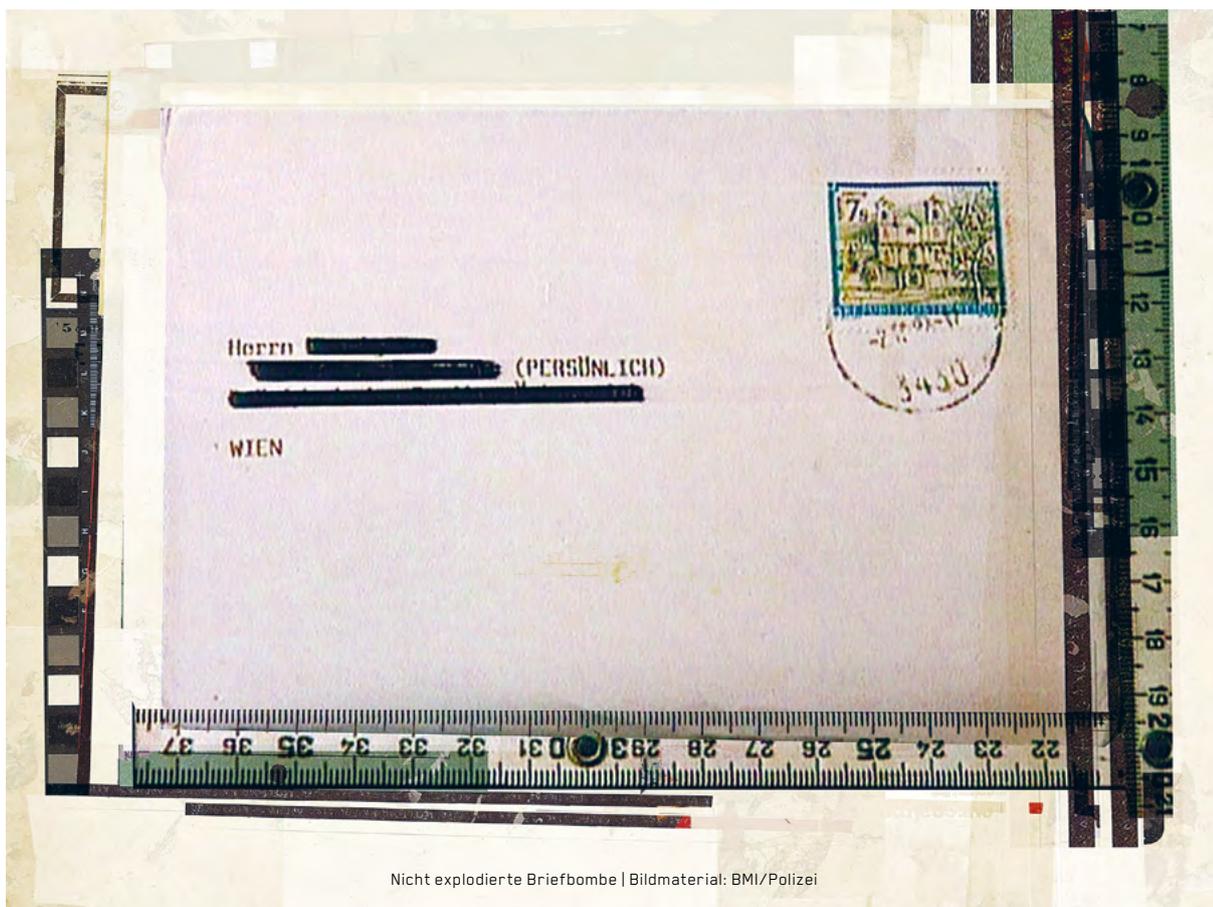
durch das Land geführt. Seit 1986 stand Jörg Haider an der Spitze der FPÖ. Eines seiner bevorzugten und „wirksamsten“ Themen war der Zusammenhang zwischen Zuwanderung, Ausländern, Arbeitsplätzen und Sicherheit bzw. sein dazugehöriges Narrativ. Haider bediente sich dabei einer Rhetorik und Methoden, die viele seiner politischen Mitbewerber sowie Teile der Öffentlichkeit entsetzte und veranlasste, dagegen auf die Straße zu gehen.

Fatale Fehleinschätzung

Die Zeit war ebenso geprägt durch die strafrechtliche Verfolgung einer militanten Neonazigruppe, der selbsternannten *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO). 1986 gegründet, bildeten ihre Mitglieder in mehreren österreichischen Städten Kameradschaften, beteiligten sich an Aufmärschen und nahmen an konspirativen Treffen teil. Nachdem die

Gruppe durch Wehrsportübungen eine gewisse – auch internationale – Aufmerksamkeit erlangt hatte, wurden die Prozesse gegen hochrangige Mitglieder, die bekannte Akteure des rechtsextremen Spektrums waren, zu einem Medienspektakel. All dies beeinflusste die Wahrnehmung der beginnenden Terrorkampagne erheblich:

Für viele war „vollkommen klar“, dass die Bomben aus diesem „Eck“ kommen mussten. Eine insofern fatale Fehleinschätzung, da sie dazu führte, dass andere Ansätze – wie das Profil eines möglichen Einzel Täters, welches der junge Profiler Thomas Müller als Teil des Ermittlerteams erstellt hatte – lange Zeit nicht ernsthaft in Erwägung gezogen bzw. aktiv negiert wurden. Dies änderte sich zunächst auch nicht, als trotz der Verhaftungen zweier einschlägig bekannter Personen weitere Anschläge geschahen und die Fahnder in den rechtsextremen Kreisen und Netzwerken nicht wirklich fündig wurden.



Nicht explodierte Briefbombe | Bildmaterial: BMI/Polizei

Insgesamt gab es von Dezember 1993 bis Dezember 1996 sechs Serien mit 25 „gezielten“ Briefbomben. Hinzu kamen drei „ungezielte“ Rohrbomben. Ab Oktober 1994 bekannte sich eine bis dahin vollkommen unbekannte *Bajuwarische Befreiungsarmee* (BBA) zu den Anschlägen. Da man nach wie vor von der Schuld der bereits Inhaftierten und einer Verbindung zu bekannten Neonazi-Größen ausging, wurden diese Bekennerschreiben lange Zeit als Täuschungsversuche angesehen.

Das Profil der Opfer variierte im Lauf der Zeit etwas, folgte jedoch an sich dem gleichen, bereits erwähnten Muster. Gesamt wurden neun Frauen, fünf Männer, zwei Familien und neun Organisationen angegriffen. Gerade das Ins-Visier-Nehmen der Familien stellte eine gewisse Veränderung im späteren Verlauf der Anschläge dar, da es sich hier nicht um bekanntere Persönlichkeiten handelte, die sich für andere einsetzen, sondern schlicht um Menschen mit Migrationshintergrund, die me-

dial einen Moment lang in der Öffentlichkeit gestanden hatten.

Neben den Briefbomben wurden teils getarnte Sprengfallen platziert: Die erste in der Nacht auf den 24. August 1994 bei einer zweisprachigen Volksschule (slowenisch/deutsch) in Klagenfurt. Sie wurde zwar sofort entdeckt, detonierte aber bei der Untersuchung und verletzte alle drei einschreitenden Beamten.

Vier Todesopfer in Oberwart

Der folgenreichste Anschlag ereignete sich am 4. Februar 1995 im südburgenländischen Oberwart (romani: Erba). Nahe der örtlichen Roma-Siedlung fanden vier junge Angehörige der Volksgruppe bei einem Kontrollgang ein Schild mit der Aufschrift „ROMA zurück nach INDIEN!“ an einer Halterung. Die darin verborgene Bombe tötete die vier jungen Männer an Ort und Stelle. Das Attentat von Oberwart ist nach wie vor einer der tödlichsten Terroran-

schläge in Österreich seit 1945. Da er sich noch dazu direkt gegen eine vom Nationalsozialismus verfolgte Minderheit richtete, war der Schock darüber umso größer.

Zwei Tage später detonierte in Stinaz (kroatisch: Stinjaki), nur 20 km von Oberwart entfernt, eine Bombe in den Händen eines Mitarbeiters des örtlichen Umweltamts. Der als Spraydose getarnte Sprengsatz war wohl nur deshalb nicht tödlich, weil das Opfer sich auf Grund von Rückenproblemen nicht über den vermeintlichen Müll beugte, sondern daneben in die Knie ging, um ihn aufzuheben. Stinaz ist die Heimat zahlreicher Burgenlandkroaten, unter anderem der Eltern einer der bereits in der ersten Serie angegriffenen Politikerinnen der Grünen.

Nach der Entdeckung der letzten Briefbombe im Dezember 1996 brachen die Anschläge so unvermittelt ab, wie sie begonnen hatten. Obwohl man mittlerweile einen Einzeltäter ernsthaft für möglich hielt und die

Vorgehensweise daher entsprechend angepasst hatte, war man dem konkreten Urheber noch nicht nähergekommen, als am 1. Oktober 1997 im südsteirischen Gralla ein Einheimischer bei einer Verkehrskontrolle eine Explosion auslöste. Franz Fuchs, so der Name des bis dahin vollkommen Unbekannten, hatte nach seiner Anhaltung durch die Polizei versucht, mit Hilfe eines Sprengsatzes Selbstmord zu begehen. Als ihm seine Höllenmaschine „nur“ beide Unterarme wegriss, anstatt ihn zu töten, lief er davon – in der Hoffnung zu verbluten, bevor er gefasst würde.

Da Franz Fuchs überlebte, konnte er in der Folge vernommen und ob seiner zahlreichen Verbrechen im März 1999 verurteilt werden. Zu diesem Zeitpunkt gingen Ermittler und Gericht nunmehr davon aus, dass Fuchs alleine gehandelt habe. Das Terrornetzwerk BBA dürfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit seine Erfindung gewesen sein. Fuchs erhielt eine lebenslange Freiheitsstrafe und wurde zusätzlich in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher eingewiesen (heute: strafrechtliche Unterbringung in einem forensisch-therapeutischen Zentrum). Nicht einmal ein Jahr später, am 26. Februar 2000, wurde Fuchs in seiner Gefängniszelle erhängt aufgefunden. Die Behörden stufen seinen Tod als Selbstmord ohne Fremdeinwirkung ein.

Radikalisierung ohne politische Ambitionen?

Wer war dieser Mann, der Österreich und insbesondere Minderheiten und ihre Fürsprecherinnen 1399 Tage lang terrorisiert hatte?

Franz Fuchs war – kurz und zugespitzt ausgedrückt – eine gescheiterte Existenz.

Am 2. Dezember 1949 in Gralla in einfache, aber stabile Verhältnisse geboren, wurde in seiner Volksschulzeit erkannt, dass er großes intellektuelles Potenzial hatte. Er konnte das Gymnasium im benachbarten Leibnitz besuchen, reüssierte dort zwar schulisch, galt aber als Sonderling. Aus seinem Traum, Atomphysiker

zu werden, wurde nichts. Das Studium in Graz brach er frustriert ab und ging nach Deutschland, um am Fließband zu arbeiten. Hier dürfte er weitere Kränkungen seines Egos erlebt haben, denn er fühlte sich sowohl gegenüber den Einheimischen als auch den nicht-deutschsprachigen Kollegen (die weitere Sprachen einbrachten) diskriminiert. Nach seiner Rückkehr plante er seinen Selbstmord. Obwohl er den Versuch unterließ, wurden seine Absichten entdeckt und er kam für eine kurze Zeit in eine geschlossene Abteilung. Danach fand er Arbeit, die ihn durchaus erfüllte. Doch führten Unglücksfälle und seine schwierige Persönlichkeitsstruktur dazu, dass diese Anstellungen nicht dauerhaft waren. Letztendlich zog er sich immer mehr in einen abgetrennten Wohnbereich seines Elternhauses zurück, lebte von seinem Ersparten und dürfte sich in dieser Isolation so weit radikalisiert haben, dass er begann, Bomben zu bauen und zu versenden.

Da Fuchs sozial extrem isoliert war und nach seiner Verhaftung zwischen Antwortverweigerung und selbtherrlichen Erklärungen schwankte, ist es schwer zu sagen, ob er wirklich jemals politische Ambitionen hatte. Es bleibt daher offen, ob er seinen Terror tatsächlich ausübte, um „etwas zu ändern“, oder ob er „primär“ Bomben versandte, weil er ein gescheiterter und einsamer Mensch war, der Gewalt und Terror als Ventil für seine Frustration nutzte, indem er jene Menschen zu seinen Opfern machte, die er als Bedrohung für das wenige Leben empfand, das ihm aus seiner Sicht noch blieb. Fuchs erklärte später immer wieder, dass eines seiner Hauptmotive die Gleichheit gewesen sei. Seiner Meinung nach sollten vom Staat alle gleichbehandelt werden. Minderheitenrechte verstießen für ihn gegen diesen Grundsatz. Für Fuchs wurden Minderheiten so über die „normalen“ Bürgerinnen und Bürger erhoben. Mit „normal“ war hier die Mehrheitsgesellschaft gemeint, jene, die deutscher Muttersprache (und wohl ebenso katholisch) waren. Man könnte seinen Ärger über die

differenzierte Behandlung von Gruppen als Hinweis darauf interpretieren, dass es nicht so sehr das Anderssein von Minderheiten, Migranten und Flüchtlingen war, weshalb Fuchs sie angriff, sondern die Aufmerksamkeit und Unterstützung, die sie von Staat, Kirche und Gesellschaft erhielten. Diese Menschen bekamen etwas, dass er wohl faktisch gebraucht und in seinen Augen vielleicht sogar verdient hätte.

Zorn auf „übermächtige“ Andere

Fuchs vertrat bestimmte Ansichten, die als rassistisch einzustufen sind. Aber seine Äußerungen sind durchaus ambivalent: Sie erwecken den Eindruck, dass er davon ausging, dass diese „anderen“ Gruppen und Ethnien schlicht „andere“ Interessen verfolgten, dass z. B. Politiker mit slawischem Namen sich mehr um ihre „eigenen“ (von Fuchs gedachten) Gruppen kümmern würden. Vorstellungen von Über- oder Unterlegenheit finden sich hingegen kaum. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass Fuchs nicht den Anspruch erhob, irgendeine Form von „reinem“ Typ zu sein. Er sah durchaus die Möglichkeit, dass er „slawische Züge“ haben könnte. Die Grundtendenz seiner Ausführungen war jedoch, dass er von Menschen abstammte, die bereits seit Generationen in Österreich lebten. Fuchs war kein deutscher Ethno-Nationalist im traditionellen Sinne. Er gab an, den Begriff deutsch(sprachig)e Österreicher rein zur Unterscheidung zu den slowenischen und den kroatischen Österreichern verwendet zu haben. Es habe aber laut seiner Aussage „keinen Anhauch einer großdeutschen Idee“ bei ihm gegeben. Dem Nationalsozialismus, Hitler und dem Dritten Reich gegenüber war er negativ eingestellt.

Fuchs stammte aus einer Grenzregion, in der deutschsprachige und slawische (hier insb. slowenischsprachige) Menschen zusammenlebten und aufeinandertrafen. Die ethnische/kulturelle Zugehörigkeit hatte dort – zumindest zu Fuchs



Franz Fuchs vor dem Landesgericht für Strafsachen in Graz, 1999 | Foto: Heribert Corn

Lebenszeit – wahrscheinlich eine andere Bedeutung als in anderen Regionen Österreichs. Die Zunahme an Flüchtlingen nach den Kriegen auf dem Balkan und der Migration allgemein sowie die Ausweitung der Minderheitenrechte zu dieser Zeit gaben dem frustrierten Fuchs eine konkrete Angriffsfläche für sein Gefühl, ungerecht behandelt und zurückgelassen zu werden. Daher richteten sich sein Zorn und der aus seiner Sicht zu führende Kampf gegen die (grenzüberschreitenden) Ausländer und deren Helfer sowie gegen die in seiner Wahrnehmung offenbar „allgegenwärtigen“ slawischen Ethnien. Es scheint möglich, dass Fuchs, wenn er an einem anderen Ort gelebt hätte, in dem seine Identität mit anderen „Gegensätzen“ oder „Fremden“ konfrontiert gewesen wäre, sich bei einem ähnlichen Lebensverlauf gegen eben diese „Anderen“ gerichtet hätte.

Damit soll nicht negiert werden, auf wen Fuchs zielte und wer seine Opfer waren – nämlich Ausländer, Minderheiten und Menschen aus Politik und Gesellschaft, die sich für sie einsetzten –, sondern auf die Möglichkeit verwiesen werden, dass er aufgrund seines Lebensverlaufs und seiner Persönlichkeitsstörung wie eine geladene Waffe war, die sich letztendlich auf jene Menschen(gruppen) richtete, die in seinem Umfeld umständehalber als Synonym für Anderssein

galten und vielleicht teilweise als Bedrohung empfunden wurden. Fuchs hat jedoch interessanterweise bei all seinen Enttäuschungen und Frustrationen nie jemanden ins Visier genommen, den er kannte oder dem er direkt für vergangenes Unglück hätte verantwortlich machen können (wie z. B. einen früheren Arbeitgeber). Er inszenierte seinen Kampf – wie so viele Extremisten – als einen gegen anonyme, übermächtige Kräfte.

Rascher Bedeutungsverlust des Terrors

Der Einfluss seiner Terrorserie schwand nach seiner Ergreifung, nachdem alle Parteien versucht hatten, mit der Einordnung der Person Franz Fuchs in das jeweils „andere“ politische Lager zu punkten. Trotz dieses raschen politischen Bedeutungsverlusts des Terrors selbst hatte dieser langfristige Auswirkungen: Die Aktivitäten und Maßnahmen, welche die Polizei aufgrund der Bombenkampagne ergriff, führten zur Zerschlagung rechtsextremer und neonazistischer Gruppen und Netzwerke. Dies war ein so schwerer Schlag, dass die Szene Jahre brauchte, um sich neu zu organisieren. Da zumindest die Reaktion auf den Vorfall von Ebergassing (bei dem zwei Personen aus dem linksextremen Spektrum durch einen selbst gebauten Sprengsatz starben) im Zusammenhang mit den Brief- und

Rohrbomben zu sehen ist, könnte argumentiert werden, dass dies bis zu einem gewissen Grad ebenfalls für die extreme Linke galt.

Nach der Verhaftung von Fuchs gab es ein großes Interesse an seiner Person und seinen Motiven. Die Art und Weise, wie er sich während des Prozesses präsentierte – er schrie kurze, bizarre, politisch motivierte Parolen, bis er aus dem Gerichtssaal geführt wurde –, förderte jedoch das Bild eines verrückten Einzeltäters. So konnte die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher dieses unglückliche Kapitel der Geschichte abschließen und ihr Leben weiterführen, während die Terrorserie der 1990er Jahre wie ein schlechter Traum aus dem öffentlichen und politischen Bewusstsein verschwand. So ist diese Brief- und Rohrbombenkampagne heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Eine historische Bearbeitung hat vereinzelt stattgefunden, und vor allem die Perspektive der Opfer wurde bisher viel zu wenig beleuchtet. Dies ist insofern bemerkenswert, als es sich beim Fall Franz Fuchs eindeutig um die längst anhaltende und tödlichste Terrorkampagne mit rechtsextremem Hintergrund in Österreich handelte.

Weiterführende Literatur

Michael Grassl-Kosa; Hans Steiner (1996): Der Briefbomber ist unter uns, GKS-Zeitschriftenbuch-Verlag: Wien.

Thomas Vašek (1999): Ein Funke genügt... Die Briefbombenattentate. Der Fall Franz Fuchs, edition selene: Wien.

Paul Schlieffsteiner (2023): „Ich bin ein Patriot und bekenne mich als österreichischer Terrorist“ – Franz Fuchs, ein vergessener Vorläufer des modernen Rechtsterrorismus? In: Coester, M., Daun, A., Hartleb, F., Kopke, C., Leuschner, V. (Hg.): Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Springer VS: Wiesbaden, S.377–409.

Paul Schlieffsteiner arbeitet historisch zu den Terroranschlägen von Franz Fuchs. Der Text basiert auf seinen bisherigen Publikationen zum Thema. Derzeit befasst er sich insbesondere mit der Perspektive der Opfer. Über eine Kontaktaufnahme durch Betroffene oder andere Zeitzeugen würde er sich daher sehr freuen: p.schlieffsteiner@acipss.org.

Nie wieder ist jetzt

Facetten einer Demonstration

Am 26. Januar 2024 demonstrierten vor dem österreichischen Parlament in Wien bis zu 80.000 Menschen gegen rechts. Die Redakteur*innen von Radio Stimme waren ebenfalls dort. Statt der an dieser Stelle gewohnten Nachlese folgt ein Bericht mit Eindrücken und Gedanken über die Großdemonstration für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Es regnet. Über der Menschenmenge vor dem Parlament, die sich in beide Richtungen der Ringstraße entlang bewegt, tanzen bunte Regenschirme und Plakate mit Statements, die sich – grob gesagt – gegen *rechts* positionieren. Wie leicht diese Positionierung ausgehöhlt werden kann, wird sich im Laufe der Demonstration noch zeigen. Ein Stück vor uns sind die *Omas gegen rechts* versammelt. Durch die Menge schiebt sich ein körperlos erscheinendes Schild mit einem grimmig dreinblickenden Einhorn und dem Slogan „Unicorns against Fascism“. Ein Plakat richtet sich gegen die FPÖ. Eine Gruppe fordert einen Waffenstillstand in Gaza. Und plötzlich eröffnet sich ein ganzes Spektrum an Möglichkeiten, wofür oder wogegen wir hier protestieren. Was meinen wir, wenn wir gegen *rechts* sagen, und wen meinen wir eigentlich mit *wir*?

Wir waren laut Schätzungen der Veranstaltenden 80.000 Menschen auf der Demo in Wien, in Graz demonstrierten bis zu 10.000 Menschen, in Innsbruck waren es 3.000 und in Vorarlberg rund 1.400. Im Vergleich zu anderen



Demonstrationen in Österreich sind diese Zahlen ungläublich. Schaut man hingegen nach Deutschland, wo die Investigativ-Recherche von *Correctiv* zu rassistischen

Vertreibungsplänen Rechtsextremer die größte Protestwelle seit 1989 hervorrief und Millionen Menschen hunderte Male auf die Straße gingen, ließ die Reaktion in

Österreich erstmal auf sich warten. Die schlussendlich stattgefundenen Demonstration selbst hinterlässt gemischte Gefühle.

Einerseits sind da all diese Menschen, die bei Dunkelheit im Regen stehen und für Demokratie und „gegen Faschismus und Rassismus“ ein Zeichen setzen, wie die Demonstration von den Veranstaltenden angekündigt wurde. 80.000 Menschen geben Hoffnung auf eine Mobilisierung gegen die zunehmende Verbreitung rechtsextremer Ideologien. 80.000 Menschen gegen Rassismus und Faschismus machen erstmal Mut, dass wir Rechtsextremismus mit einem klaren „Nein“ entgegentreten.

Dem gegenüber stehen die rassistischen Vorfälle auf der Demonstration, bei der BIPOC-Gruppen regelrecht von der Polizei eingekesselt wurden. Dem gegenüber steht auch die aktuelle gesellschaftliche Unfähigkeit, Gleichzeitigkeiten zu erfassen und diesen den jeweils erforderlichen Raum zu geben – speziell in Bezug auf die klare Positionierung gegen Antisemitismus *und* gegen das tausendfache Ermorden

und die Vertreibung von Palästinenser*innen *und* gegen (antimuslimischen) Rassismus in Österreich *und* gegen die rassistischen und völkischen Deportationspläne europäischer Rechtsextremer.

Dort, wo wir stehen, können wir nicht alles sehen und hören. Wir wissen nur, dass die Redner*innen auf der Bühne gewechselt haben, wenn Applaus und Pfiffe wie eine Welle durch die Menge getragen werden. Ein Dominoeffekt, der sich von den vor uns Stehenden auf uns überträgt und den wir nach hinten weitergeben. Dann erschallt jedoch eine Stimme, die uns irritiert und innehalten lässt. Sie ist lauter als alle anderen und warnt vor einem Zustand, in dem Abschiebungen in großem Maße zur Realität werden könnten, beschreibt ein gesellschaftliches Szenario, das Schrecken wecken soll. Um uns herum jubeln Menschen, wir werfen uns fragende Blicke zu. Was die Stimme theatralisch heraufbeschwört, ist doch längst Realität, die vermeintlich zukünftigen Schreckensszenarien längst tägliche Sorge oder wahrgewordener Alptraum von Menschen, die nach Österreich geflohen sind, Menschen, die täglich Rassismus, Diskriminierung und Ausschluss erfahren.

Das *Wir* schmeckt plötzlich schal auf einer Demo, bei der Redner*innen offensichtlich keine Ahnung davon haben, welche Konsequenzen exkludierende und diskriminierende Politik schon längst für viele Menschen in Österreich hat. Ein Statement, dass das *Black Voices Volksbegehren* nach der Demonstration veröffentlicht, spricht von Redner*innen, die offensichtlich davon ausgingen, es sei „fünf vor zwölf“, während wir tatsächlich schon längst darüber hinaus seien.

Und dann ist noch die Störaktion Rechtsextremer auf dem Dach des Palais Epstein, der ich hier keinen Raum geben möchte. Wie diese jedoch auf das Dach eines Parlamentsgebäudes kommen konnten und warum die Polizei lange Minuten brauchte, bis Banner, Pyrotechnik und Rechtsextreme nicht mehr auf dem Dach zu sehen waren – diese Fragen sollten durchaus Raum bekommen.

Als ich mich am Tag nach der Demonstration in einer Diskussion wiederfinde, was eigentlich „rechts“ in der Politik sei, merke ich, wie verwässert sämtliche Definitionen sind. Und wie wichtig es ist, genau zu benennen, was wir mit „rechts“ meinen. Immerhin werden rechte Politiken,

die auf die Ungleichbehandlung von Menschen abzielen, nicht nur von rechten Parteien umgesetzt. Während sich die Identitären freuen, dass Deutschland über die mögliche Ausweisung und Abschiebung eines ihrer prominenten Vertreter diskutiert und so die Abschiebung als politisches Instrument erst recht in den Fokus stellt, findet wieder einmal eine Diskursverschiebung zugunsten exkludierender Ideologien statt.

Mit dem Begriff „Remigration“, der in der NS-Exilforschung die freiwillige Rückkehr von Exilierten in postnazistische Länder beschreibt, werden geplante „Abschiebungen“ beschönigt. Die Verwendung des Wortes stellt das Konzept zur Disposition. Wieder einmal ein Beispiel dafür, wie die sogenannte „Metapolitik“ als Strategie rechtsextremer Zusammenschlüsse funktioniert: Ideologien werden über den vermeintlich „vorpolitischen“ Raum durch soziale Medien, Kulturveranstaltungen oder (selbstgegründete) Einrichtungen verbreitet, Popkultur wird zum „sanften“ Träger des rechtsextremen Gedankenguts und am Ende steht die gesellschaftliche Verankerung durch die Aufnahme in den Mainstream.

Was von der Demonstration bleibt, ist die gelungene Mobilisierung zehntausender Menschen für Demokratie und gegen Faschismus und Rassismus an einem verregneten Januarabend. Ebenso bleiben aber all jene gesellschaftlichen Herausforderungen, denen mit einer einzelnen Demonstration nicht entgegengetreten werden kann: die Verbreitung rechtsextremer Ideologien, die durch Wahlen gestützte Rechtswende in Europa, Antisemitismus und (antimuslimischer) Rassismus, menschenverachtende Politiken, eine österreichische und deutsche Vergangenheit, die noch immer gefährlich nachwirkt, und vor allem die Frage, was mit dem Slogan „Nie wieder ist jetzt“ gemeint ist und was gemeint werden müsste.

Ich setze den Punkt hinter den letzten Satz meines Artikels, checke nochmal die aktuellen Umfrageergebnisse zu österreichischer Politik im Wahljahr 2024. Es ist ein Sonntag Mitte Februar und wären heute Nationalratswahlen, wäre die FPÖ stärkste Partei in Österreich. —

Lilian Häge ist Redakteurin bei Radio Stimme.



RADIO STIMME
DIE SENDUNG FÜR KOPFHÖRER*INNEN

das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet
www.radiostimme.at

| Wien | Orange 94.0 |
|-------------------|----------------------------|
| Innsbruck | FREIRAD |
| Graz | Radio Helsinki |
| Kärnten / Koroška | Radio AGORA |
| Bludenz | Radio Proton |
| Salzburg | Radiofabrik |
| Linz | Radio FRO |
| Salzkammergut | Freies Radio Salzkammergut |
| Kremstal | Freies Radio B138 |
| Oberpullendorf | Radio OP |

Liebe und Bedrohung in der Paradiesstraße

In ihren Frankfurter Poetik-Vorlesungen nennt Hilde Domin drei Arten von Mut, die Schreibende brauchen: den Mut zum Sagen, wer man ist, den Mut zum Benennen, wie es war, und den Mut, „an die Anrufbarkeit der anderen zu glauben“. Sina Kiyani hat für seinen Roman alle drei Arten von Mut aufgebracht.

In der titelgebenden Paradiesstraße in Shiraz steht eine Art persischer Würstelstand, in dem Herr Hamid nicht nur Sandwiches mit gebratenen Würsten, Pepsi und Tee anbietet, sondern auch einen schier unerschöpflichen Fundus an Sprüchen und Ratschlägen. Der 17-jährige Ramin konsumiert all das, auch wenn er sich in typischer Teenagermanier über manche Sprüche lustig macht. Es ist 1980, die Islamische Revolution erst ein Jahr alt, aber sie verändert den iranischen Alltag rasant und nicht zum Guten. Für Ramin in verschärfter Form, denn er ist homosexuell und das ist bei Todesstrafe verboten. Was ihn nicht daran hindert, sich in einen anderen Schüler zu verlieben, der diese Liebe auch erwidert. Dem Buch vorangestellt ist eine Meldung über zwei Burschen, die 2005 im Iran wegen homosexueller Handlungen öffentlich erhängt wurden. Dieses Bewusstsein der Gefahr durchzieht den gesamten Roman.

Kiyani, 1966 im Iran geboren, beweist den Mut, als homosexueller Ich-Erzähler zu schreiben. Und den Mut, die Auswirkungen des neuen Regimes zu bezeugen. Dabei vergisst er nie, wie jung seine Hauptfigur ist. Das erste richtige Verliebtsein wird schwärmerisch zelebriert, wie es wohl typisch ist für dieses Alter, unabhängig von sexuellen Präferenzen. Dieser Teenager tut sich in der Schule leicht und nimmt sie deshalb auf die leichte Schulter, ist genervt von seinem kleinen Bruder und findet es ätzend, von seiner Cousine angeschwärmt zu werden. Die Zusammenkünfte seiner Mutter mit ihren Freundinnen zu Hause werden ihm schnell zu viel, auch

wenn er nebenbei viele kleine Grausamkeiten des neuen Regimes mitbekommt wie z. B. das Verbot von Haustieren und das Gebot für Frauen, außer Haus den Tschador zu tragen.

Für Ramin ist die wichtigste Überlegung, wo man sich treffen kann, ohne die Wächter auf den Plan zu rufen. Anfangs in der Bibliothek und im Kino. Erstaunlich, wie viele „westliche“ Filme gezeigt werden. Noch. Denn schon im Jahr darauf wird die Auswahl stark eingeschränkt. Doch Ramin und Aschkan wollen mehr als ein paar gestohlene Küsse. Herrn Hamids Zimmer in der Altstadt ist nur bedingt geeignet, eine Nachbarin erweist sich als das, was man im Nazideutschland einen „Blockwart“ genannt hätte. Erschreckend wie die ständig zunehmenden Verbote den Einschränkungen für Juden unter den Nazis ähneln, nur dass hier die gesamte Bevölkerung gemäßregelt wird und die weibliche ganz besonders.

An die Anrufbarkeit der Lesenden glaubend, bietet Kiyani bei allen Grauslichkeiten dieser Geschichte einen unterhaltsamen Roman. Er lässt reichlich Raum dafür, den Teenager Ramin als Teenager vorzuführen, mit seinen komischen Unsicherheiten, Widersprüchen, Vorlieben und Begehrlichkeiten. Und mit seiner kreativen Seite: Ramin verdient sich etwas Geld mit dem Basteln von Puppen sowie mit kalligraphisch gestalteten Karten und Tafeln. Diese verkauft er einem Mann, der im Einkaufszentrum ein kleines Geschäft besitzt. Schon im zweiten Jahr der Revolution wird dieser wegen seiner Religion – er ist Bahai – verfolgt.

Kiyanis Roman zeichnet fast nebenbei die Entwicklung eines Terrorregimes nach. Vorher unbedeutende Menschen erhalten plötzlich Macht und missbrauchen sie, Angst und Gerüchte verbreiten sich, Leute arrangieren sich auf unterschiedliche Weise mit diesem System: als Handlanger, Geschäftemacher, durch Rückzug ins Private oder sie fliehen ins Ausland.

Listig setzt Kiyani eine täuschend einfache Sprache ein. Ramin widerspricht sich oft und rasch, aber er ist auch ein guter Beobachter und so lässt der Autor eine Geschichte für alle Sinne entstehen, mit Bildern, Liedern, Gerüchen, Geschmäckern, körperlichen Empfindungen. Obwohl Kiyani auf Deutsch schreibt, erinnert seine sinnliche Erzählweise an arabische und persische Literatur, soweit wir diese im Westen kennen.

Kiyani versteht es, durch Schilderung vieler kleiner und größerer Ungerechtigkeiten das Gefühl der Bedrohung immer mehr zu steigern. Ramin und Aschkan sind mit der Schule so gut wie fertig, aber niemand weiß, wie es weitergehen soll. Werden sie öffentlich hingerichtet werden wie die Burschen in der dem Roman vorangestellten Notiz? Oder gelingt ihnen die Flucht? Wird es uns Kiyani vielleicht im nächsten Buch verraten? —



Paradiesstraße.
Von Sina Kiyani.
edition exil 2023
376 Seiten; EUR 16,-
ISBN: 978-3-901899-68-3

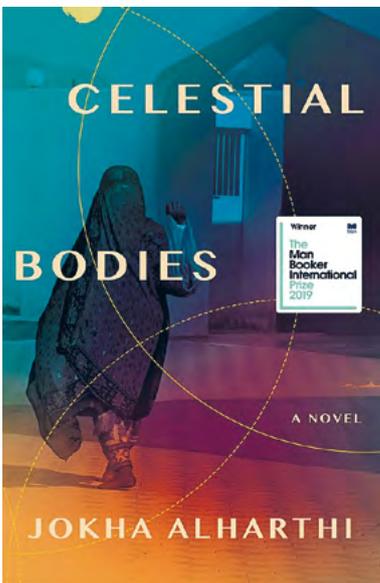
Brigitte Scott

Treffen mit Jokha Alharthi

Erste Booker-Prize-Trägerin
aus dem arabischen Raum



Omanische Autorin Jokha Alharthi
Foto: Christine Engel



Celestial Bodies.
Von Jokha Alharthi
S&S India, 2019
256 Seiten; EUR 9,99
ISBN: 9386797577, 9789386797575

Jokha Alharthi empfängt uns im wohlhabenden neuen Stadtviertel Wave, in Muscat, der Hauptstadt des Sultanats Oman. Sie wählte für das Treffen ein beliebtes Café nahe der Marina. Der Kellner serviert uns besten Dattel-, Schokoladen- und Pistazienkuchen, auf der Promenade flanieren Frauen und Männer, Familien amüsieren sich, Kinder laufen herum. Unter der Abaya (Überkleid) lugen farbenprächtige Stöckelschuhe und bunte Festtagskleidung hervor. Jede Frau trägt das Kopftuch, aber den Gesichtsschleier und die einheitlich schwarze Abaya finden wir hier kaum.

Jokha Alharthi ist das (weibliche) Gesicht der omanischen Literatur. Mit ihrem Roman *Celestial Bodies* (2010) bzw. seiner Übersetzung ins Englische (2018) schaffte sie den Durchbruch und erhielt 2019 den *Man Booker Prize International*. Sie ist damit die erste Person aus dem arabischen Raum, die mit dieser Auszeichnung geehrt wird. Seither wird sie viel gelesen, übersetzt und international eingeladen. Am Abend unseres Treffens, im Februar 2023, ist sie schon auf dem Sprung nach Amman, zu einer Konferenz anlässlich des 50. Todestages des palästinensischen Schriftstellers Ghassan Kanafani. Sie will dort über das Werk der in Deutschland lebenden palästinensischen Schriftstellerin Adania Shibli sprechen – im Oktober 2023 erhält Shibli den Preis der Frankfurter Buchmesse für ihr Buch *Nebensache*, der ihr aber aufgrund von Antisemitismus-Vorwürfen angesichts des Nahost-Krieges nicht öffentlich verliehen wird.

Zurück auf die Terrasse des Café Bateel, wo wir mit der Booker-Prize-Trägerin sitzen. Wir, das sind vier Frauen, die drei Wochen lang den Oman bereisen und möglichst viele unterschiedliche Stimmen vor Ort hören möchten. Natürlich sind wir am Umfeld des ausgezeichneten Buches interessiert, möchten mehr über die Proponentinnen, die Quellen, die persönlichen Motive erfahren. Alharthi sagt, dass sie vieles aus Erzählungen der Familie und von Freund*innen aufgegriffen habe, dass manches auch biografische Bezüge besitze. Sie erwähnt Geschichten über die „Moon Women“, die starken, selbständigen Frauen, die hinter der Vorstellung von „himmlichen Körpern“ stünden.

Celestial Bodies gibt Frauen eine Stimme und macht – aus einer Oberschichtsperspektive – weibliches Leben sichtbar. Das Buch widmet sich den unterschiedlichen Lebenswegen von drei Schwestern, insbesondere den Themen Heirat und Mutterschaft. In persönlichen, subjektiven Geschichten werden die strikten Familien- und Geschlechterverhältnisse deutlich. Indem die Autorin Traditionen und Politik mit kolonialen Beobachtungen sowie Ablehnungen bzw. Sehnsüchten nach dem Westen und der Modernisierung verflocht, entsteht ein feinziseliertes Bild der sich in mancher Hinsicht rasch transformierenden omanischen Gesellschaft.

Jokha Alharthi selbst ist Tochter des ehemals politisch sehr einflussreichen Stammeschefs der Alharthi aus der Region Ibra. Die Mutter kommt, nebenbei bemerkt, in ihren Erzählungen nicht vor. Ihre elf Geschwister studierten teils im Oman, meist aber im Ausland. Sie selbst erhielt das Doktorat an der Universität Edinburgh, ihre jüngste Schwester studiert derzeit in Japan, eine andere verdient viel Geld in einer Ölgesellschaft. Um ihren nun alten Vater kümmern sich die Kinder abwechselnd, der Lieblingssohn besucht ihn täglich.

Der Ehemann begleitete die PhD-Studentin Alharthi nach Edinburgh. Sie sagt über ihn, dass er in dieser Phase seine berufliche Karriere zurückgestellt hat, diesen Nachteil mittlerweile aber wieder gut aufgeholt habe. Heute schreibt die Mutter von drei Kindern Kurzgeschichten und Romane und lehrt als Professorin für klassische arabische Literatur an der Sultan-Qaboos-Universität. Angesichts dieser

Arbeitsbelastung stellen wir, typisch europäisch, die Frage nach außerhäuslicher Kinderbetreuung, um Karriere und Familie zu vereinbaren. Diese Frage ist ihr völlig fremd. Kinderbetreuungseinrichtungen gebe es, wenn sie nun darüber nachdenke, im Oman nicht, denn die Kinder werden zu Hause versorgt – in ihrem Falle mit Hilfe von zwei „Housemaids“ aus Indien – eine für die Kinder, eine für den Haushalt.

Jokha Alharthi kritisiert das Patriarchat, das nicht nur Frauen einschränke, sondern auch von jungen Männern unbedingten Gehorsam gegenüber dem Vater einfordere und ihnen solcherart die Freiheit stehle. Sie tritt für Frauenrechte ein, aber der Feminismus, wie sie ihn in Mailand erlebt habe, der Lippenstift und High Heels ablehnt – nein, danke. Sie bedauert manche gesellschaftlichen Veränderungen, wie etwa dass heutzutage immer seltener traditionelle Hochzeiten stattfinden. Gleichzeitig genießt sie es, eigenständig zu reisen und ein westlich ausgerichtetes, akademisches Leben zu leben. In ihrem sehr empfehlenswerten Roman *Bitter Orange Tree* (2016) schreibt sie über eine junge omanische Frau, die in Großbritannien ihr eigenständiges Leben gestalten will. Unsere Gesprächspartnerin praktiziert dies im Oman, so unser Eindruck.

Sieglinde Rosenberger,
Politikwissenschaftlerin
Christine Engel,
Literaturwissenschaftlerin



Begleitheft
zur Ausstellung
„Man will uns
ans Leben“
24. 04. – 02. 07. 2024
Volkskundemuseum
Wien

In den Jahren 1993 bis 1996 erschütterte eine rechte Terrorwelle Österreich. Insgesamt 25 Briefbomben und drei Sprengstoffanschläge hatten vier Tote und dreizehn teilweise schwer Verletzte zur Folge – alle Minderheitenangehörige oder ihre Unterstützer*innen. Die Ausstellung der Initiative Minderheiten in Kooperation mit Volkskundemuseum Wien, kärnten.museum und Offenes Haus Oberwart vermittelt zeitgeschichtliches Wissen über die Ereignisse und beleuchtet die Rolle des politisch-gesellschaftlichen Klimas der 1990er Jahre für die Gewalttaten.

R 7D

stimme Abonnieren!



Bitte zögern Sie nicht

- ▶ **STIMME** zu abonnieren und Abos zu verschenken,
- ▶ förderndes Mitglied der **INITIATIVE MINDERHEITEN** zu werden,
- ▶ zu spenden.

Damit sich die **INITIATIVE MINDERHEITEN** und die **STIMME** – das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich – auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

| | EUR |
|--|-------|
| Jahresabo STIMME | 20,- |
| Zweijahresabo STIMME | 38,- |
| Jahresabo international | 30,- |
| Zweijahresabo international | 58,- |
| Mitgliedschaft Jahresbeitrag IM | 25,- |
| Fördernde Mitgliedschaft IM | 100,- |

Aboservice: abo@initiative.minderheiten.at

Bankverbindung:
Erste Bank
IBAN: **AT60 2011 1838 2586 9200**
BIC: **GIBAATWWXXX**
Lautend auf:
Initiative Minderheiten



» die nächste **stimme** erscheint im Mai 2024



..... Gefördert aus Mitteln von

 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz



ZukunftsFonds
der Republik Österreich